

22. Transferleistungen für Zins- und Tilgungszahlungen, die auf Grund des Regelungsplanes geschuldet werden, sollen als Zahlungen für laufende Transaktionen behandelt und, wo dies in Betracht kommt, als solche in alle Handels- und (oder) Zahlungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und einem der Gläubigerstaaten eingeschlossen werden, gleichgültig, ob es sich dabei um zwei- oder mehrseitige Abkommen handelt.

23. Bei der Durchführung der vereinbarten Bedingungen soll die Bundesregierung keine Diskriminierung oder Bevorzugung im Hinblick auf einzelne Schuldenarten, auf die geschuldeten Währungen oder in anderer Hinsicht zulassen, noch sollen Gläubigerstaaten dies verlangen.

24. Die Bundesregierung soll die für die Durchführung des Planes erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmassnahmen treffen, um beispielsweise den ausländischen Gläubiger rechtlich in die Lage zu versetzen, seinen Anspruch vor deutschen Gerichten durchzusetzen.

25. Ein vom Schuldner dem Gläubiger gemachtes bzw. zu machendes Angebot bildet die Grundlage der im Plan vorgesehenen Regelungen. Selbst wenn ein solches Angebot von den Gläubigervertretern empfohlen worden ist oder auf einem Schiedsspruch beruht (es sei denn, dass ausdrücklich vereinbart worden ist, dass der Schiedsspruch für den betreffenden Gläubiger bindend ist), steht es dem Gläubiger frei abzulehnen. In diesem Falle hat er jedoch keinen Anspruch auf die Vorteile aus dem Regelungsplan.

Der Bundesregierung steht das Recht zu, dies bei Durchführung der Bestimmungen der Ziffer 24 zu berücksichtigen.

26. In dem Regierungsabkommen soll festgestellt werden, dass bei Annahme eines Angebots, sofern nach dem Regelungsplan das ursprüngliche Schuldverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner abgeändert oder ein neuer Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner abgeschlossen wird, der Schuldner bei voller Erfüllung der danach begründeten Verbindlichkeiten sowohl hinsichtlich seiner Verpflichtungen aus dem abgeänderten oder neuen Schuldverhältnis wie aus dem ursprünglichen Schuldverhältnis als voll und endgültig entlastet gilt.

27. Die Verjährung von Forderungen, die diesem Abkommen unterliegen, läuft nicht zwischen dem Zeitpunkt, in dem die aus dem ursprünglichen Vertrag geschuldeten Beträge für die Gläubiger nicht mehr verfügbar waren, und dem Zeitpunkt, in dem die geschuldeten Beträge nach dieser Regelung verfügbar sind.

Darüber hinaus soll die Verjährung gegen Rechte ausländischer Inhaber innerdeutscher Wertpapiere (einschliesslich Solawechsels und Wechsels) frühestens nach Ablauf eines Jahres geltend gemacht werden, nachdem der Transfer von Devisen für Zinsen oder Dividenden aus diesen Wertpapieren möglich ist.

Die Bundesregierung soll die erforderlichen Massnahmen ergreifen, um die Befolgung dieses Grundsatzes sicherzustellen.

28. Einige Anleiheverträge enthalten eine Währungsoptionsklausel; dies bedeutet, dass der Gläubiger nach Wahl Bezahlung in einer vereinbarten anderen Währung als der des Emissionslandes verlangen kann. Auch andere Verträge können derartige Bestimmungen vorsehen. Diese Frage soll von den beteiligten Regierungen weiterhin erörtert werden, um vor Abschluss des Regierungsabkommens volle Einigung herbeizuführen.

Unbeschadet eines auf diesem Wege zu erzielenden Abkommens über die Währung, in der Zahlung zu leisten ist, sollen Währungsoptionsklauseln in Fällen, in denen der Vertrag die Zahlung eines feststehenden Betrages in der Alternativwährung vorsieht, als Devisensicherung gelten; z.B. hätte ein

Gläubiger, der Inhaber eines Anspruchs aus einem Anleihevertrage mit einer solchen Währungsoptionsklausel ist, Anspruch in der Währung des Ausgabelandes auf den Gegenwert des Betrages, der in der Alternativwährung zahlbar gewesen wäre, falls die Option ausgeübt worden wäre. Dabei wird der am Tage der Fälligkeit geltende Wechselkurs zugrundegelegt.

29. Im Sinne der in den vereinbarten Empfehlungen vorgeschlagenen Regelungen gilt, sofern nicht abweichende Bestimmungen vorgesehen sind (z.B. im Falle der Young-Anleihe), folgendes:—

Auf Gold-Dollar oder Gold-Schweizerfranken lautende Schulden sind im Verhältnis von 1 Dollar US-Währung=1 Gold-Dollar und 1 Franken Schweizer Währung=1 Gold-Schweizerfranken umzurechnen. Die neuen Verträge lauten auf Währungs-Dollar oder Währungs-Schweizerfranken.

Andere Schulden mit Goldklauseln (ausgenommen auf deutsche Währung lautende Schulden mit Goldklauseln—vgl. Anhänge 4 und 6) sind nur in der Währung des Landes zahlbar, in dem die Anleihe begeben worden oder die Emission erfolgt ist (im folgenden als "Emissions-Währung" bezeichnet). Der geschuldete Betrag wird als Gegenwert eines Dollarbetrages nach dem zur Zeit der Fälligkeit der Zahlung massgebenden Wechselkurs errechnet. Dieser Dollarbetrag wird dadurch ermittelt, dass der Nennwert zu dem im Zeitpunkt der Begebung oder Emission der Anleihe massgebenden Wechselkurs in US-Dollar umgerechnet wird. Der so errechnete Betrag in der Emissionswährung darf jedoch nicht niedriger sein, als wenn er zu dem am 1. August 1952 massgebenden Wechselkurs berechnet würde.

30. Zur Frage der Goldklausel im allgemeinen teilte der Dreimächte-ausschuss der Konferenz mit, dass die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika im Zuge der getroffenen Vereinbarungen, durch die eine umfassende Regelung des Problems der deutschen Schulden ermöglicht werden soll, beschlossen haben, dass, soweit es sich um die Regelung der deutschen Schulden handelt, Goldklauseln nicht beibehalten werden sollen, aber durch Devisensicherungen in irgendwelcher Form ersetzt werden könnten.

Was die Young-Anleihe angehe, so halte es der Dreimächteausschuss natürlich für wesentlich, dass die gleichmässige Behandlung der verschiedenen Emissionen beibehalten werde, wie dies im Anleihevertrag vorgesehen sei. Die Vertreter der europäischen Inhaber haben ihr Bedauern über die Entscheidung ausgesprochen, von dem vertraglichen Anspruch der Inhaber dieser internationalen Anleihe auf Bezahlung in eigener Währung auf Goldgrundlage abzugehen. Sie haben daraufhin in den "Vereinbarten Empfehlungen für die Regelung von Reichsschulden und Schulden anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften" (Anhang 3) eine entsprechende Bestimmung ausschliesslich im Hinblick auf diese von Regierungsseite getroffene Entscheidung eingefügt.

Entsprechende Bestimmungen sind in anderen Berichten an geeigneter Stelle enthalten.

31. Als Anhang 7 sind vereinbarte Empfehlungen für die Behandlung der Zahlungen an die Konversionskasse beigefügt.

32. Guthaben in Deutscher Mark, die einem Auslandsgläubiger aus der Regelung einer unter den Plan fallenden deutschen Schuld anwachsen, sollen zur Verwendung im Rahmen der wesentlichen, gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Bestimmungen zur Verfügung stehen; hierbei ist die Abtretung der Guthaben an andere nicht in Deutschland ansässige Personen nicht ausgenommen. Vereinbarte Empfehlungen über die Verwendung von Guthaben in Deutscher Mark sind im Anhang 8 enthalten.

33. Es wurde erwogen, ob es erforderlich sei, den Erlass von Rechtsvorschriften in den Gläubigerstaaten zu empfehlen, durch die ein Vorgehen einzelner Gläubiger zum Zwecke der Regelung ihrer Ansprüche gegen Deutschland eingeschränkt werden soll. Die Konferenz gelangte abschliessend zu der Auffassung, dass für die erfolgreiche Abwicklung des Regelungsplanes der Erlass derartiger Rechtsvorschriften nicht von wesentlicher Bedeutung ist.

34. Die im vorliegenden Bericht niedergelegten Empfehlungen stehen nach Auffassung der Konferenz im Einklang mit den in Ziffer 11 aufgeführten Grundsätzen.

35. Die Vertreter von Privatgläubigern, welche an der Konferenz teilgenommen haben, werden den einzelnen Gläubigern empfehlen, die Bedingungen des Regelungsplanes, soweit sie davon betroffen sind, anzunehmen.

36. Die Bundesregierung soll sich verpflichten, die technischen Vorbereitungen zu beschleunigen, die erforderlich sind, um die vorstehenden Vorschläge zu den in den Anhängen vorgesehenen Daten wirksam durchzuführen.

37. Die Konferenz gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die mit der Verwaltung von Anleihen befassten Treuhänder sich bereitfinden werden, zur Durchführung des Regelungsplanes ihre Dienste zur Verfügung zu stellen.

38. Im Interesse der Wiederherstellung des deutschen Auslandskredites und im Interesse der Gläubiger, deren Ansprüche seit vielen Jahren unregelt geblieben sind, sollen sich die beteiligten Regierungen unverzüglich mit den in dem vorliegenden Bericht niedergelegten Empfehlungen befassen mit dem Ziele, ein Regierungsabkommen zu schliessen, um dem Schuldenregelungsplan internationale Geltung zu verleihen und gleichzeitig die Schulden der Bundesrepublik aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe zu regeln.

Angenommen auf der Plenarsitzung der Konferenz am Freitag, den 8. August 1952.

[NOTE: The texts of these Agreements have been reproduced from the "Bundesgesetzblatt," the Federal German Government gazette, as certified copies of the original documents are not available.]

SUBSIDIARY AGREEMENTS LISTED IN ARTICLE 19 OF THE AGREEMENT ON GERMAN EXTERNAL DEBTS (B, C and D)(¹)

Agreement regarding Liability in respect of Austrian Governmental Debts

The German Delegation for External Debts to the Chairman of the Tripartite Commission on German Debts

243-18 Del. 20B-23/53.

London, den 7. Februar 1953.

Herr Vorsitzender!

29, Chesham Place, S.W. 1.

Die in Abschnitt D Ziffer 15 des Anhangs 3 zum Schlussbericht der Londoner Schuldenkonferenz vorbehaltenen Verhandlungen über die Regelung der Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die Äusseren Anleihen der Bundesrepublik Österreich haben zu einer Einigung geführt, die in verschiedenen Briefwechseln niedergelegt ist.

Ich beehre mich, die anliegende Zusammenstellung dieser Briefwechsel und je einen Abdruck der darin aufgezählten Briefe (Anlagen 1 bis 12) sowie den Entwurf eines Schuldscheins (Anlage 13) zu dem in den Anlagen 10 bis 12 enthaltenen Briefwechsel mit der Bitte um Genehmigung der darin enthaltenen Regelung, soweit erforderlich, vorzulegen, und wäre Ihnen zu Dank verbunden, wenn die genannten Briefwechsel der Anlage I des Schuldenabkommens eingefügt oder als Unteranlage beigefügt werden könnten.

Genehmigen Sie, etc.

HERMANN J. ABS.

(¹) The Agreement on Græco-German Mixed Arbitral Claims has not yet been concluded.

ZUSAMMENSTELLUNG

Die Regelung der Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die Äusseren Anleihen der Bundesrepublik Österreich ergibt sich aus folgenden Briefen:

	<i>Anlage</i>
<i>1. 7% Internationale Bundesanleihe der Republik Österreich von 1930—</i>	
(a) Schreiben der Deutschen Delegation vom 14. November 1952—243-18 Del. 20-2092/52 nebst Annex	1
(b) Antwortschreiben des Council of Foreign Bondholders vom 19. November 1952—zu 243-18 Del. 20-2092/52	3
<i>2. Österreichische Kreditanstalt-Regierungsschuldverschreibungen 1936—</i>	
(a) Schreiben der Deutschen Delegation vom 14. November 1952—243-18 Del. 20-2091/52 nebst Annex	2
(b) Antwortschreiben des Council of Foreign Bondholders vom 19. November 1952—zu 243-18 Del. 20-2091/52	3
<i>3. Internationale Garantierte Bundesanleihe von 1933 und Garantierte Österreichische Konversionsanleihe von 1934—</i>	
(a) Schreiben der Deutschen Delegation vom 30. Oktober 1952—243-18 Del. 20-1922/52 nebst Annex	4
(b) Antwortschreiben von Mr. H. H. Eggers im Namen der Regierungen der Garantiemächte vom 4. November 1952—243-18 Del. 20-1960/52	5
(c) Weiteres Schreiben der Vertreter der Regierungen der drei Garantiemächte vom 30. Dezember 1952—243-18 Del. 20-1922/52	6
<i>4. 5% Schuldverschreibungen der Republik Österreich für Staatsschuldrückstände (Fundings) in französischem Besitz, I. und III. Emission—</i>	
(a) Schreiben der Deutschen Delegation vom 20. Oktober 1952—243-18 Del. 20-1812/52	7
(b) Antwortschreiben Association Nationale des Porteurs Français de Valeurs Mobilières vom 8. November 1952—243-18 Del. 20-2019/52 nebst Annex	8
(c) Bestätigungsschreiben der Deutschen Delegation vom 13. November 1952—zu 243-18 Del. 20-2019/52	9
<i>5. Die von der Caisse Commune verwalteten Vorkriegsanleihen der Österreichischen Äusseren Anleihen—</i>	
(a) Schreiben der Deutschen Delegation vom 20. Oktober 1952—243-18 Del. 20-1812/52	10
(b) Antwortschreiben der Caisse Commune vom 10. November 1952—243-18 Del. 20-2032/52	11
(c) Bestätigungsschreiben der Deutschen Delegation vom 13. November 1952—zu 243-18 Del. 20-2032/52	12
Zu 5 (c): Die Bundesrepublik Deutschland wird daraufhin einen Schuldschein des aus der <i>Anlage 13</i> ersichtlichen Wortlauts an die Caisse Commune aushändigen.	13

587

(Translation)

243-18 Del. 20 B-23/53.

*29, Chesham Place, London, S.W. 1,
7th February, 1953.*

Mr. Chairman,

The negotiations on the settlement of the liability of the Federal Republic of Germany for the External Loans of the Federal Republic of Austria, provided for in Section D, paragraph 15, of Appendix 3 to the Final Report of the London Debt Conference, have led to an agreement which is recorded in a number of exchanges of letters.

I have the honour to submit the attached list of these exchanges of letters, and one copy of each of the letters referred to therein (Annexes 1-12), together with a draft Certificate of Indebtedness (Annex 13) relating to the exchanges of letters contained in Annexes 10-12. I request your approval of the settlement contained in these documents, so far as this is necessary, and should be grateful if the exchanges of letters could be included in Annex I of the Debt Agreement or appended as a sub-annex.

Please accept, etc.

HERMANN J. ABS.

LIST

The Settlement of the Liability of the Federal Republic of Germany for the External Loans of the Federal Republic of Austria is contained in the following letters:—

	<i>Annex</i>
<i>1. 7% International Federal Loan of the Republic of Austria, 1930—</i>	
(a) Letter from the German Delegation dated 14th November, 1952, (243-18 Del. 20-2092/52) and Annex thereto	1
(b) Reply from the Council of Foreign Bondholders dated 19th November, 1952, re 243-18 Del. 20-2092/52	3
<i>2. Österreichische Kredit-Anstalt-Government Bonds, 1936—</i>	
(a) Letter from the German Delegation dated 14th November, 1952 (243-18 Del. 20-2091/52) and Annex thereto	2
(b) Reply of the Council of Foreign Bondholders dated 19th November, 1952, re 243-18 Del. 20-2091/52	3
<i>3. International Guaranteed Federal Loan, 1933, and Austrian Guaranteed Conversion Loan, 1934—</i>	
(a) Letter from the German Delegation dated 30th October, 1952 (243-18 Del. 20-1922/52) and Annex thereto	4
(b) Reply from Mr. H. H. Eggers on behalf of the Governments of the Guarantor Powers dated 4th November, 1952 (243-18 Del. 20-1960/52)	5
(c) Further letter from the representatives of the Governments of the three Guarantor Powers dated 30th December, 1952 (243-18 Del. 20-1922/52)	6
<i>4. 5% Governmental Funding Bonds of the Republic of Austria (Issues I and III) in French hands—</i>	
(a) Letter from the German Delegation dated 20th October, 1952 (243-18 Del. 20-1812/52)	7
(b) Reply from the Association Nationale des Porteurs Français de Valeurs Mobilières dated 8th November, 1952 (243-18 Del. 20-2019/52) and Annex thereto	8
(c) Letter of confirmation from the German Delegation dated 13th November, 1952, re 243-18 Del. 20-2019/52	9
<i>5. Pre-war Loans, of the Austrian External Loans, Serviced by the Caisse Commune—</i>	
(a) Letter from the German Delegation dated 20th October, 1952 (243-18 Del. 20-1812/52)	10
(b) Reply from the Caisse Commune dated 10th November, 1952 (243-18 Del. 20-2032/52)	11
(c) Letter of confirmation from the German Delegation dated 13th November, 1952, re 243-18 Del. 20-2032/52	12
Text of Certificate of Indebtedness, which the Federal Republic of Germany will issue to the Caisse Commune, with reference to 5 (c)—	13

ANLAGE 1

The German Delegation for External Debts to the Council of the Corporation of Foreign Bondholders, c/o Sir Otto Niemeyer, G.B.E., K.C.B.

243-18 Del. 20-2092/52.

Betr.: 7% *Internationale Bundesanleihe der Republik Österreich von 1930*

London, den 14. November 1952.

29, Chesham Place, S.W. 1.

Sehr geehrter Sir Otto!

Die Deutsche Delegation macht zur Regelung der Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die 7% Internationale Bundesanleihe der Bundesrepublik Österreich von 1930 den folgenden Vorschlag:

1. Die Bundesrepublik Deutschland zahlt in den für die einzelnen Tranchen erforderlichen Währungen an die Zahlungsagenten die für die 75%ige Einlösung der in der Zeit vom 12. März 1938 bis 8. Mai 1945 fällig gewordenen Kupons der 7% Internationalen Bundesanleihe der Bundesrepublik Österreich von 1930 benötigten Mittel. Diese Mittel werden bereitgestellt—

für die Kuponfälligkeiten

<i>vom</i>	<i>am</i>
1.7.1938	1.7.1953
1.1.1939 + 1.7.1939	1.7.1954
1.1.1940	1.7.1955
1.7.1940 + 1.1.1941	1.7.1956
1.7.1941	1.7.1957
1.1.1942 + 1.7.1942	1.7.1958
1.1.1943	1.7.1959
1.7.1943 + 1.1.1944	1.7.1960
1.7.1944	1.7.1961
1.1.1945	1.7.1962

Zu den gleichen Terminen erstattet die Bundesrepublik Deutschland den Zahlungsagenten und dem Treuhänder die Kosten, Gebühren und Auslagen für die betreffenden Kupontermine, berechnet nach den tatsächlich zur Auszahlung gelangenden Beträgen.

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt nach näherer Vereinbarung mit den Zahlungsagenten.

2. Die Bundesrepublik Deutschland händigt über die zu 1. festgelegte Verpflichtung dem Treuhänder eine Schuldbescheinigung aus.

3. Bei anderen Tranchen der Anleihe als der Dollartranche sind die Zahlungsagenten verpflichtet, die von der Bundesrepublik Deutschland zum Zwecke der Kuponeinlösung bereitgestellten Mittel nur für die Einlösung solcher Kupons zu verwenden, die bei Anwendung der Bestimmungen des Deutschen Auslandsbondsberichtigungsgesetzes und seiner Durchführungsverordnungen anerkannt werden müssen.

Was die Dollartranche der Anleihe anbelangt, wird die Bundesrepublik Deutschland dafür sorgen, dass alle Kupons, die für die Zeit zwischen dem

12. März 1938 und dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind, gemäss vorstehender Ziffer I eingelöst werden, soweit nicht die Bonds, auf die sich diese Kupons beziehen, zwecks endgültiger Einziehung erworben worden waren. Das bei der Leistung dieser Zahlungen zu befolgende Verfahren wird von den Regierungen Österreichs, der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika vereinbart.

4. Die Auffassung der Deutschen Delegation über die Regelung der in österreichischem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe 1938 II. Ausgabe ist in dem anliegenden Annex dargelegt.

ABS.

ANNEX

Bei der Regelung der von der Bundesrepublik Deutschland übernommenen Haftung für die österreichischen Auslandsanleihen ist die Deutsche Delegation von der Erwartung ausgegangen, dass die Österreichische Bundesregierung für sich und für die österreichischen Staatsangehörigen auf die Geltendmachung aller Ansprüche aus den von ihnen erworbenen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe 1938 II. Ausgabe verzichtet. Für diesen Fall ist die Bundesrepublik Deutschland bereit, auf die Geltendmachung von Ansprüchen aus allen vom Deutschen Reich im Umtauschwege erworbenen Schuldverschreibungen österreichischer Anleihen Verzicht zu leisten.

Um den Ausschluss der in österreichischem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe 1938 II. Ausgabe sicherzustellen, soll in das in Vorbereitung befindliche Reichs Anleihe-Bereinigungsgesetz die Bestimmung aufgenommen werden, dass die Bedienung von Schuldverschreibungen der vorgenannten Anleihe, die sich in der Hand von Ausländern befinden, nur gegen den Nachweis erfolgt, dass sich die Schuldverschreibungen am 1. Januar 1945 ausserhalb Deutschlands und Österreichs befunden haben.

591

(Translation)

ANNEX 1

243-18 Del. 20-2092/52.

Subject: 7% *International Federal Loan 1930 of the Republic of Austria*

29, Chesham Place, London, S.W. 1,

14th November, 1952.

Dear Sir Otto,

For the purpose of settlement of the liability of the Federal Republic of Germany in respect of the 7% International Federal Loan 1930 of the Federal Republic of Austria the German Delegation herewith submits the following proposal:

1. The Federal Republic of Germany will pay to the paying agents, in the currencies required for the various tranches, the sums necessary for the 75% redemption of the coupons of the 7% International Federal Loan of the Federal Republic of Austria 1930 which have become due for the period between 12th March, 1938, and 8th May, 1945. These funds will be allocated—

<i>for the coupon maturity dates</i>	<i>on</i>
1.7.1938	1.7.1953
1.1.1939 + 1.7.1939	1.7.1954
1.1.1940	1.7.1955
1.7.1940 + 1.1.1941	1.7.1956
1.7.1941	1.7.1957
1.1.1942 + 1.7.1942	1.7.1958
1.1.1943	1.7.1959
1.7.1943 + 1.1.1944	1.7.1960
1.7.1944	1.7.1961
1.1.1945	1.7.1962

At the same dates the Federal Republic of Germany will reimburse the paying agents and the trustee for the costs, fees, and expenses for the coupon maturity dates concerned, calculated according to the amounts actually disbursed. Payment will be made by arrangement with the paying agent.

2. The Federal Republic of Germany will furnish to the trustee a debt certificate containing the obligation as set forth under 1.

3. The paying agents shall be under obligation to employ the funds provided by the Federal Republic of Germany for the purpose of the redemption of coupons solely towards redeeming such coupons as would be validated if the provisions of the German Foreign Bond Validation Law and the Executory Ordinances thereto were applicable.

4. The views of the German Delegation regarding the arrangement to apply to the bonds of the Reichsanleihe 1938 II held in Austrian ownership have been set forth in the Annex attached.

Yours, etc.

ABS.

ANNEX

In settling the liability for the Austrian External Loans assumed by the *Federal Republic of Germany*, the *German Delegation* has proceeded on the expectation that the Austrian Federal Government will waive, in its own name and in that of all Austrian nationals, the assertion of all claims arising out of the bonds of the *Reichsanleihe 1938 II* acquired by them. In this case the *Federal Republic of Germany* will be prepared to renounce the assertion of claims arising out of all bonds of Austrian loans acquired by the *German Reich* by way of exchange.

In order to ensure the exclusion of the bonds of the *Reichsanleihe 1938 II* held in Austrian ownership, it is proposed to include in the *Reich Loan Validation Law* now in the course of preparation a provision to the effect that service on bonds of the aforementioned loan held by foreigners will only be made when proof has been furnished that on January 1, 1945, the bonds were physically outside Germany and Austria.

ANLAGE 2

The German Delegation for External Debts to the Council of the Corporation of Foreign Bondholders, c/o Sir Otto Niemeyer, G.B.E., K.C.B.

243-18 Del. 20-2091/52.

Betr.: *Österreichische Kreditanstalt-Regierungsschuldverschreibungen 1936*

*London, den 14. November 1952,
29, Chesham Place, S.W. 1,*

Sehr geehrter Sir Otto!

Die Deutsche Delegation macht zur Regelung der Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die Österreichischen Kreditanstalt-Regierungsschuldverschreibungen 1936 folgenden Vorschlag:

1. Die Bundesrepublik Deutschland zahlt in den für die einzelnen Tranchen erforderlichen Währungen an die Zahlungsagenten die für die Einlösung der in der Zeit vom 12. März 1938 bis 8. Mai 1945 fällig gewordenen Tilgungsscheine der Österreichischen Kreditanstalt-Regierungsschuldverschreibungen von 1936 benötigten Mittel. Diese Mittel werden bereitgestellt—

für die Tilgungsfälligkeiten

<i>vom</i>	<i>am</i>
1.9.1938 + 1.3.1939 + 1.9.1939	1.7.1953
1.3.1940 + 1.9.1940 + 1.3.1941	1.7.1954
1.9.1941 + 1.3.1942 + 1.9.1942	1.7.1955
1.3.1943 + 1.9.1943 + 1.3.1944	1.7.1956
1.9.1944 + 1.3.1945	1.7.1957

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt nach näherer Vereinbarung mit den Zahlungsagenten.

2. Die Bundesrepublik Deutschland stellt über die zu 1. festgelegte Verpflichtung eine Schuldbescheinigung aus, die bei der Bank deutscher Länder zu hinterlegen ist.

3. Die Zahlungsagenten sind verpflichtet, die von der Bundesrepublik Deutschland zum Zwecke der Kuponeinlösung bereitgestellten Mittel nur für die Einlösung solcher Tilgungsscheine zu verwenden, die bei Anwendung der Bestimmungen des Deutschen Auslandsbondsberichtigungsgesetzes und seiner Durchführungsverordnungen anerkannt werden müssten.

4. Die Auffassung der Deutschen Delegation über die Regelung der in österreichischem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe 1938 II. Ausgabe ist in dem anliegenden Annex dargelegt.

ABS.

[Annex as in Annex to Anlage 1.]

(Translation)

ANNEX 2

243-18 Del. 20-2091/52.

Subject: *Austrian Kredit-Anstalt-Government Bonds 1936*

29, Chesham Place, London, S.W. 1,

14th November, 1952.

Dear Sir Otto,

For the purpose of settlement of the liability of the Federal Republic of Germany in respect of the Austrian Kredit-Anstalt-Government Bonds 1936 the German Delegation herewith submits the following proposal:—

(1) The Federal Republic of Germany will pay to the paying agents in the currencies required for the various tranches the sums necessary for the redemption of the amortisation coupons of the Austrian Kredit-Anstalt-Government Bonds 1936 which have become due for the period between 12th March, 1938, and the 8th May, 1945. These funds will be allocated—

<i>for the redemption maturity dates</i>	<i>on</i>
1.9.1938 + 1.3.1939 + 1.9.1939	1.7.1953
1.3.1940 + 1.9.1940 + 1.3.1941	1.7.1954
1.9.1941 + 1.3.1942 + 1.9.1942	1.7.1955
1.3.1943 + 1.9.1943 + 1.3.1944	1.7.1956
1.9.1944 + 1.3.1945	1.7.1957

Payment will be made by arrangement with the paying agents.

(2) The Federal Republic of Germany will issue a bond on the obligation laid down according to paragraph (1) above, which bond shall be deposited with the Bank deutscher Länder.

(3) The paying agents are under obligation to employ the funds allocated by the Federal Republic of Germany for the purpose of redemption of coupons solely towards redeeming such amortisation coupons as would be validated if the provisions of the German Foreign Bond Validation Law and the Executory Ordinances thereto were applicable.

(4) The views of the German Delegation regarding the arrangement to apply to the bonds of the Reichsanleihe 1938 II held in Austrian ownership have been set forth in the Annex attached.

Yours, etc.

ABS.

[Annex as in Annex to Annex 1.]

ANLAGE 3

(ANNEX 3)

*The Council of Foreign Bondholders to the German Delegation for
External Debts*

London, E.C.2,

19th November, 1952.

Dear Mr. Abs,

I have to thank you for your letters of the 14th November with regard to the settlement of the Austrian 7% International Federal Loan of 1930 and the Austrian Kreditanstalt Government Bonds 1936.

I am in agreement with the terms of these letters which the Councils concerned will recommend to the Bondholders.

I am bringing these Agreements formally to the notice of the Tripartite Commission.

Yours, etc.

OTTO NIEMEYER.

ANLAGE 4

243-18 Del. 20-1922/52.

The German Delegation for External Debts to the Representative of Her Majesty's Government at Her Majesty's Treasury, London(²)

Betr.: *Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die Garantierten Österreichischen Auslandsanleihen*

*London, den 30. Oktober 1952,
29. Chesham Place, S.W. 1.*

Die Deutsche Delegation schlägt vor, dass die Bundesrepublik Deutschland die ihr gemäss Schreiben des Bundeskanzlers an die Alliierte Hohe Kommission vom 6. März 1951 obliegende Haftung für die Internationale Garantierte Bundesanleihe der Republik Österreich von 1933 und die Garantierte Österreichische Konversionsanleihe von 1934 nach folgendem Verfahren erfüllt:

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt zur Abgeltung aller den Garantiemächten (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) zustehenden Ansprüche, die aus den vorgenannten Anleihen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit vom 12. März 1938 bis zum 8. Mai 1945 aus irgendeinem Rechtsgrund geltend gemacht werden können, einen Gesamtbetrag in verschiedenen fremden Währungen, der zum derzeitigen Umrechnungskurs in £ Sterling ausgedrückt £3.600.000 ausmacht. Die Quoten, zu denen der vorgenannte Gesamtbetrag in den verschiedenen fremden Währungen geschuldet wird, sind der Deutschen Delegation umgehend mitzuteilen.

Die sich danach unter Anwendung des derzeitigen Umrechnungskurses zwischen £ Sterling und den verschiedenen fremden Währungen für letztere ergebenden Beträge sind zahlbar in 15 gleichen Jahresraten am 1. Juli jedes Jahres, erstmalig am 1. Juli 1953.

Die Zahlung erfolgt für Rechnung der Regierungen der Garantiemächte (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) an die nationalen Banken, die der Deutschen Delegation noch mitgeteilt werden.

Über die einzelnen Fremdwährungsbeträge, aus denen sich die von der Bundesrepublik Deutschland zu zahlenden Annuitäten zusammensetzen, händigt die Bundesrepublik Deutschland an die betreffenden Regierungen unverzinsliche Schuldscheine aus. Die Schuldscheine sind der Bundesrepublik Deutschland nach Einlösung zurückzugeben.

Die vorstehende Regelung steht unter der Voraussetzung, dass die nicht an den gegenwärtigen Verhandlungen teilnehmenden Garantiemächte (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) ihren Beitritt erklären.

Die Auffassung der Deutschen Delegation über die Regelung der in österreichischem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe 1938 II. Ausgabe ist in dem anliegenden Annex dargelegt.

WOLFF.

[Annex as in Annex to Anlage 1.]

(²) This letter was also addressed to the Representatives of the French and Italian Governments at London.

(Translation)

ANNEX 4

243-18 Del. 20-1922/52.

Subject: *Liability of the German Federal Republic for Austrian External Guaranteed Loans*

29, Chesham Place, London, S.W. 1,
30th October, 1952.

The German Delegation proposes that the German Federal Republic should fulfil in the following manner its obligation under the letter of 6th March, 1951, from the German Federal Chancellor to the Allied High Commission, with respect to the Austrian Government International Guaranteed Loan 1933 and the Austrian Government Guaranteed Conversion Loan 1934:—

The Federal Republic of Germany will pay, in settlement of all claims of whatever nature due to the Guarantor Governments (with the exception of Czechoslovakia) which arise out of the above-mentioned loans and which may be asserted against the Federal Republic of Germany, in respect of the period 12th March, 1938, to 8th May, 1945, a global sum in various foreign currencies which, expressed in sterling at the present rates of exchange, amounts to £3,600,000. The foreign currency quotas in which this amount will be payable will be communicated to the German Delegation in due course.

The resultant amounts, established in accordance with the rates of exchange at present ruling between the £ sterling and the various currencies, will be payable in fifteen equal annual instalments on the 1st July of each year, beginning on the 1st July, 1953.

The payments will be made for account of the Guarantor Governments (with the exception of Czechoslovakia) at the national banks, the names of which will be communicated to the German Delegation.

The Federal Republic of Germany will deliver to the Governments concerned interest-free promissory notes comprising the separate foreign currency amounts in which the German Federal Republic will settle the annuities. The promissory notes will be returned to the German Federal Republic after payment.

The foregoing offer of settlement is made on the understanding that it is subject to the approval of those Guarantor Governments (with the exception of Czechoslovakia) which have not participated in the negotiations.

The point of view of the German Delegation concerning the settlement of bonds of the Reichsanleihe 1938, second issue, in Austrian possession, is set out in the attached annex.

WOLFF.

[Annex as in Annex to Annex 1.]

597

ANLAGE 5
(ANNEX 5)

The Representative of the United Kingdom Government at Her Majesty's Treasury, London, to the German Delegation for External Debts

H.M.T. Reference:
O.F. 10/229/011

Treasury Chambers,
Great George Street,
London, S.W. 1.,
4th November, 1952.

Liability of the German Federal Republic for Austrian External Loans

Dear Sir,

I have pleasure in acknowledging receipt, on behalf of the United Kingdom Government and of the representatives of the French and Italian Governments, of your note of 30th October, 1952, containing proposals for the settlement by the German Federal Republic of the claims of the Guarantor Governments (other than Czechoslovakia) in respect of payments made on the two Austrian Guaranteed Loans for the period 12th March, 1938, to 8th May, 1945.

These proposals seem acceptable to us, although certain drafting amendments may be necessary when the official text of the agreement is drawn up. But, as recognised in the penultimate paragraph of your note, it will be necessary to submit the offer of settlement for the consideration of the Guarantor Governments (other than Czechoslovakia), which have not participated in the recent discussions with the German Delegation. This will be done on the occasion of the meeting of the Committee of Control of the Guarantor States for the Reconstruction of Austria, which will be taking place in Rome on 24th November, and the views of the interested Governments on the offer of settlement and on the method of division of the proposed annuities will be conveyed to the German Delegation as soon as possible thereafter.

Yours, etc.

H. H. EGGERS.

ANLAGE 6
(ANNEX 6)

The Representatives of the United Kingdom, the French and the Italian Governments at London to the German Delegation for External Debts.

London, S.W. 1,
30th December, 1952

Dear Mr. Abs,

We refer to the note (243-18 Del. 20-1922/52) dated 30th October, 1952, from Ministerialdirektor Wolff, containing the proposals of the German Delegation for Foreign Debts for the settlement of the claims of the Guarantor Governments (other than Czechoslovakia) in respect of the payments made by them on the two Austrian Government Guaranteed Loans for the period 12th March, 1938, to 8th May, 1945.

These proposals were considered by the Guarantor Governments (other than Czechoslovakia) at meetings of the Committee of Control of the Guarantor States for the Reconstruction of Austria held in Rome between 24th November, 1952, and 6th December, 1952.

As a result, we have been authorised by those Guarantor Governments to inform you:—

that they are willing to accept, in settlement of all claims of whatever nature due to them in respect of the Austrian Government International Guaranteed Loan, 1933, and the Austrian Government Guaranteed Conversion Loan, 1934, for the period 12th March, 1938, to 8th May, 1945, a global sum in various currencies which, expressed in sterling at present rates of exchange, amounts to £3,600,000, and which will be payable and transferable for account of the Governments concerned in fifteen annual instalments on 1st July each year, beginning 1st July, 1953, in accordance with the attached schedule;

further, that they have taken note of the point of view of the German Delegation contained in the Annex to Ministerialdirektor Wolff's note of the 30th December⁽³⁾ concerning arrangements to apply to bonds of the Reichsanleihe 1938 II issue in Austrian possession, on the understanding that any negotiations which the German Federal Republic may conduct with the Austrian Government in this connexion shall not affect the present agreement between the German Federal Republic and the Guarantor Governments (other than Czechoslovakia).

We suggest that, if you agree, the letter of Ministerialdirektor Wolff and this reply should be submitted to the Tripartite Commission on German Debts for inclusion in the Annexes to the inter-governmental Agreement on German External Debts.

Yours faithfully,

H. H. EGGERS.

PAUL LEROY-BEAULIEU.

A. ZECCHI.

(³) Should read 30th October.

(Enclosure to letter of 30th December, 1952.)

(ANLAGE 6)

DIVISION OF ANNUAL PAYMENT BY THE GERMAN FEDERAL GOVERNMENT
AMONG THE GUARANTOR GOVERNMENTS

Guarantor Government (1)	Share of annual payment expressed in £ sterling (2)	Currency in which payment is required (3)	Share of annual payment shown in Column (2) to be paid in currency shown in Column (3) (4)	Rate of Exchange from £ sterling to currency of payment (5)	Annual payment required	
					Amount (6)	Currency (7)
United Kingdom	115,238	£ sterling	115,238	—	115,238	£ sterling
France ...	59,701	£ sterling	41,885	—	41,885	£ sterling
		Swedish kr.	2,548	14·49	36,921	Swedish kr.
		Swiss fr.	3,293	12·245	40,323	Swiss fr.
		French fr.	10,263	980	10,057,740	French fr.
		Belgian fr.	471	140	65,940	Belgian fr.
		Dutch fl.	714	10·64	7,597	Dutch fl.
		Austrian sch.	103	72·8	7,498	Austrian sch.
		Czechoslovak cr.	424	140	59,360	Czechoslovak cr.
			59,701			
Italy ...	42,218	Italian lire	42,218	1,749·8	73,873,056	Italian lire
Belgium ...	7,574	Belgian fr.	7,574	140	1,060,360	Belgian fr.
Spain ...	7,188	Pesetas	7,188	110·36	793,268	Pesetas
Sweden ...	4,013	Swedish kr.	4,013	14·49	58,148	Swedish kr.
Denmark ...	2,072	Danish kr.	2,072	19·34	40,072	Danish kr.
Netherlands	1,996	Dutch fl.	1,996	10·64	21,237	Dutch fl.
Totals ...	240,000		240,000			

Initialled: H. H. E.
P. L. B.
A. Z.

ANLAGE 7

The German Delegation for External Debts to the Association Nationale des Porteurs Français, Paris

243-18 Del. 20-1812/52.

Betr.: *Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die österreichischen äusseren Anleihen*

*London, den 20. Oktober 1952,
29, Chesham Place, S.W. 1.*

Die Deutsche Delegation schlägt vor, dass die Bundesrepublik Deutschland die ihr gemäss Schreiben des Bundeskanzlers an die Alliierte Hohe Kommission vom 6. März 1951 obliegende Haftung für die 5% Schuldverschreibungen der Republik Österreich für Staatsschuldrückstände (Fundings) in französischem Besitz, I. und III. Emission, nach folgendem Verfahren erfüllt:

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt zur Abgeltung aller Ansprüche, die ihr gegenüber aus irgendeinem Rechtsgrund aus den vorgenannten Schuldverschreibungen geltend gemacht werden können, einen Gesamtbetrag von 135.795 DM. Gegenwert, zahlbar in einer Summe in französischen Franken, umgerechnet zum Tageskurs, am 1. Juli 1953.

Die Zahlung erfolgt für Rechnung der Gläubiger an die Banque des Pays de l'Europe Centrale in Paris als Zahlungsagent. Hierbei geht die Deutsche Delegation davon aus, dass die vorgenannte Bank weiterhin als Zahlungsagent fungiert.

Über den vorgenannten Betrag händigt die Bundesrepublik Deutschland an die vorgenannte Zahlstelle einen unverzinslichen Schuldschein aus, der nach Einlösung zurückzugeben ist.

Die Auffassung der Deutschen Delegation über die Regelung der in österreichischem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe 1938 II. Ausgabe ist in dem anliegenden Annex dargelegt.

HERMANN J. ABS.

[Annex as in Annex to Anlage 1.]

(Translation)

ANNEX 7

Ref.: 243-18 Del. 20-1812/52

*29, Chesham Place,
London, S.W. 1,
20th October, 1952.*

Liability of the Federal Republic of Germany for Austrian External Loans

The German Delegation propose that the Federal Republic of Germany should fulfil in the following manner its liability under the terms of the letter of the Federal Chancellor to the Allied High Commission of 6th March, 1951, with respect to the 5 per cent. governmental Funding Bonds of the Republic of Austria in French hands (1st and 3rd issues).

The Federal Republic of Germany will pay, in settlement of all claims which may be asserted against it on any legal basis with respect to the above-mentioned bonds, a total amount equivalent to 135,795 DM. and payable in French francs in a lump sum calculated on the basis of the rate of exchange ruling on 1st July, 1953.

Payment will be made to the account of the creditors at the Banque des Pays de l'Europe Centrale in its capacity as Paying Agent. The German Delegation assume that this Bank will continue to act as Paying Agent.

The Federal Republic of Germany will issue to the above-mentioned Paying Agent an interest-free bond of the said amount which shall be returnable after redemption.

The view of the German Delegation on the settlement of bonds of the Reichsanleihe 1938, issue II, in Austrian hands is stated in the attached Annex.

HERMANN J. ABS.

[Annex as in Annex to Annex 1.]

ANLAGE 8

*The Association Nationale des Porteurs Français de Valeurs Mobilières to the
German Delegation for External Debts*

EC/M.

V. Réf.: 243-18 Del. 20-1812/52.

*S.C. Responsabilité de la République Fédérale d'Allemagne pour les emprunts
extérieurs autrichiens (Emprunts Funding 5% 1923 et 5% 1926)*

Paris,

le 8 novembre 1952.

Messieurs,

Nous avons l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 20 octobre.

Nous vous confirmons notre accord de principe sur la proposition contenue dans cette lettre pour le règlement de la responsabilité de la République fédérale d'Allemagne en ce qui concerne le service des emprunts funding 5% 1923 et 1926 de la République d'Autriche, libellés en francs français.

Nous vous proposons, toutefois, de préciser, comme suit, cette proposition.

I.—La somme de 135.795 DM. représente seulement la contre-valeur du montant brut des coupons arriérés que nous avons déterminé d'un commun accord, soit: 11.316.270 francs français.

Il convient donc d'ajouter à ce montant, conformément à la lettre du Chancelier fédéral à la Haute Commission alliée, en date du 6 mars 1951, le montant des commissions de banque et des frais de publicité.

Le montant global à transférer doit, en conséquence, être porté ainsi que l'indique la note ci-jointe, à:

Frs. 12.510.000.

II.—Il y aura de stipuler que le paiement aura lieu pour le compte des créanciers, au crédit de l'Association nationale des porteurs français de valeurs mobilières, chez la Banque des Pays de l'Europe centrale.

Cet établissement nous a confirmé qu'il continuerait de remplir les fonctions d'agent payeur principal.

III.—L'obligation sans intérêt, mentionnée à l'alinéa 4 de votre lettre devra être remise, non pas à l'agent-payeur, mais à l'Association nationale qui la restituera après réception du versement.

Cette obligation devra faire mention de l'engagement de verser, à la date du 1^{er} juillet 1953, le montant en francs français prévu ci-dessus à la fin du paragraphe I, soit:

Frs. 12.510.000.

Nous vous prions de bien vouloir nous faire connaître si, comme nous l'espérons, les précisions ci-dessus exposées recueillent votre agrément.

Veuillez agréer, etc.

Le Directeur:

LÉON MARTIN.

ANNEXE à L'ANNEXE 8

LB./M.

Association Nationale
des Porteurs Français
de Valeurs Mobilières,
Paris (17)

*Emprunts funding 5% 1923 et 5% 1926 de la République d'Autriche libellés
en Francs français*

I. Les éléments suivants doivent être pris en considération pour l'évaluation des commissions de banque et frais de publicité, afférents au paiement des coupons échus du 1^{er} juillet 1938 inclus au 1^{er} janvier 1945 inclus.

(a) La commission de paiement de la série complète des 14 coupons semestriels échus du 1^{er} juillet 1938 inclus au 1^{er} janvier 1945 inclus pourrait être fixée à 6 francs par titre, quel que soit le montant nominal (Frs. 100, Frs. 500, Frs. 1.000) des obligations. Cette commission, adoptée lors du récent règlement des coupons arriérés des emprunts serbes et yougoslaves, sera acceptée également, dans le cas présent, par la Banque des Pays de l'Europe centrale et les autres agents-payeurs.

(b) La note que le Ministère des Finances autrichien nous a adressée le 17 octobre 1951 et dont nous vous avons remis copie le 18 octobre indiquait que le nombre des obligations demeurées en circulation, après l'échange de certains titres contre des obligations Reichsanleihe 4½% 1938/II se décomposait comme suit :

Emprunt 5% 1923—		Nombre de titres Frs.	Capital nominal Frs.
Obligations de Frs. 100	...	128.798	12.879.800
Obligations de Frs. 500	...	14.488	7.244.000
Obligations de Frs. 1.000	...	5.144	5.144.000
Total	148.430	25.267.800
Emprunt 5% 1926—			
Obligations de Frs. 100	...	42.093	4.209.300
Obligations de Frs. 500	...	5.776	2.888.000
Obligations de Frs. 1.000	...	2.642	2.642.000
Total	50.511	9.739.300
Total général	198.941	35.007.100

Sur la base de 198.941 obligations en circulation, le paiement de la Commission de Frs. 6 exigerait un décaissement global de Frs. 1.193.646.

Toutefois, vous nous avez indiqué que les montants suivants avaient été également amortis en 1938-1939 :

Emprunt 1923: Frs. 1.271.900
Emprunt 1926: Frs. 560.000

Total: Frs. 1.831.900

La répartition de ce capital de Frs. 1.831.900 entre les trois catégories d'obligations ne nous est pas connue. Comme il représente environ 5½% du capital de Frs. 35.007.100 mentionné plus haut, il serait, toutefois, raisonnable de réduire le montant des commissions bancaires de Frs. 65.650.

(c) Les frais de publicité ne seront pas très élevés. Ils peuvent donc être compensés avec la réduction de Frs. 65.650 indiquée à l'alinéa précédent.

Le total des commissions de banque et des frais de publicité pourrait donc être fixé à :

Frs. 1.193.646

et le total de la provision à remettre, le 1^{er} juillet 1953, à la Banque des Pays de l'Europe centrale, à :

Frs. 11.316.270 + 1.193.646 = Frs. 12.509.916

soit, en chiffres ronds :

Frs. 12.510.000.

(Translation)

ANNEX 8

EC/M.

Your Ref.: 243-18 Del. 20-1812/52.

*Liability of the Federal Republic of Germany for Austrian External Loans
(5% Funding Loans of 1923 and 1926)*

Gentlemen,

Paris, 8th November, 1952.

We have the honour to acknowledge the receipt of your letter of 20th October.

We confirm that we agree in principle to the proposal contained in that letter for the settlement of the liability of the Federal Republic of Germany with respect to the service of the 5% Funding Loans, 1923 and 1926, of the Republic of Austria, denominated in French francs.

We propose, however, that this proposal should be defined more clearly, as follows:—

I.—The sum of 135,795 DM. represents only the equivalent of the total amount of the unpaid coupons which we have determined by common agreement, *i.e.*, 11,316,270 French francs.

In accordance with the letter of the Federal Chancellor to the Allied High Commission of 6th March, 1951, the amount of banking charges and advertising expenses has to be added to this amount. The total amount to be transferred must therefore be fixed at 12,510,000 French francs, as explained in the attached note.

II.—It will be necessary to specify that payment will be made, in favour of the creditors, to the credit of the Association nationale des porteurs français de valeurs mobilières, at the Banque des Pays de l'Europe centrale.

The above-mentioned bank has confirmed to us that it will continue to act as principal paying agent.

III.—The interest-free bond mentioned in paragraph 4 of your letter should be sent to the Association nationale (which will return it when payment has been received), and not to the paying agent. This Bond should specify the undertaking to pay on 1st July, 1953, the amount in French francs referred to at the end of paragraph 1, *i.e.*, 12,510,000 francs.

We should be grateful if you would confirm, as we hope will be the case, that you agree to the above clarification.

Please accept, Gentlemen, the expression of our highest consideration.

LÉON MARTIN,

Director.

German Delegation for External Debts,
29, Chesham Place,
London, S.W. 1.

(Translation)

ENCLOSURE TO ANNEX 8

LB/M.

Association Nationale des
Porteurs Français de Valeurs
Mobilières,
Paris (17).

*5% Funding Loans, 1923, and 5% 1926, of the Republic of Austria
denominated in French Francs*

1. The following factors must be taken into consideration in evaluating the bank charges and advertising expenses relating to payment of coupons due in the period from 1st July, 1938, to 1st January, 1945, both dates inclusive:—

(a) The bank charge for payment of the whole series of 14 half-yearly coupons due from 1st July, 1938, to 1st July, 1945, both dates inclusive, might be fixed at 6 francs a bond, whatever the nominal amount (100 francs, 500 francs, 1,000 francs) of the bonds. This charge, which is that adopted at the recent settlement of unpaid coupons of the Serbian and Yugoslav loans, will be accepted, in the present case, both by the Banque des Pays de l'Europe centrale and the other paying agents.

(b) The Note which the Austrian Minister of Finance addressed to us on 17th October, 1951, and of which we sent you a copy on 18th October, indicated that the number of bonds remaining in circulation after the exchange of certain bonds against bonds of the 4½% Reich Loan, 1938, second issue, are made up as follows:—

5% Loan, 1923—		<i>Number of Bonds</i>	<i>Nominal Capital Francs</i>
100-Franc Bonds	128,798	12,879,800
500-Franc Bonds	14,488	7,244,000
1,000-Franc Bonds	5,144	5,144,000
Total	148,430	25,267,800

5% Loan, 1926—		<i>Number of Bonds</i>	<i>Nominal Capital Francs</i>
100-Franc Bonds	42,093	4,209,300
500-Franc Bonds	5,776	2,888,000
1,000-Franc Bonds	2,642	2,642,000
Total	50,511	9,739,300
Grand Total	198,941	35,007,100

On the basis that 198,941 bonds are in circulation, payment of a charge of 6 francs would require a total outlay of:—

Francs 1,193,646.

607

However, as we have informed you, the following amortisation was paid in 1938-1939:—

1923 Loan	Francs 1,271,900
1926 Loan	Francs 560,000
	<hr/>
Total	Francs 1,831,900

The distribution of this capital payment of Francs 1,831,900 among the three categories of bonds is not known to us. As it represents some 5½% of the capital of Francs 35,007,100 referred to above, it would, however, be reasonable to reduce the amount of banking charges by Francs 65,650.

(c) The advertising expenses will not be very high. They may therefore be offset by the reduction of Francs 65,650 indicated in the preceding paragraph.

The total amount of banking charges and advertising expenses may therefore be fixed at:—

Francs 1,193,646

and the total amount to be remitted on 1st July, 1953, to the Banque des Pays de l'Europe centrale, at:—

Francs 11,316,270 + 1,193,646 = Francs 12,509,916

or, in round figures:—

Francs 12,510,000.

ANLAGE 9

The German Delegation for External Debts to the Association Nationale des Porteurs Français de Valeurs Mobilières, Paris (17)

243-18 Del. 20-2019/52.

Betr.: *Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die österreichischen äusseren Anleihen (5% Schuldverschreibungen der Republik Österreich für Staatsschuldrückstände [Fundings] in französischem Besitz)*

*London, den 13. November 1952,
29, Chesham Place, S.W. 1.*

Sehr geehrte Herren!

Die Deutsche Delegation bestätigt den Eingang Ihres Schreibens vom 8. November 1952. Sie ist mit der darin vorgesehenen Regelung einverstanden.

Mit, etc.

HERMANN J. ABS.

(Translation)

ANNEX 9

243-18 Del. 20-2019/52.

Ré: *Liability of the Federal Republic of Germany for the Austrian External Loans (5% Funding Bonds of the Republic of Austria in French Hands)*

29, Chesham Place,

Gentlemen,

London, 13th November, 1952.

The German Delegation acknowledge the receipt of your letter dated 8th November, 1952. They agree with the settlement provided for therein.

Yours, etc.

HERMANN J. ABS.

ANLAGE 10

The German Delegation for External Debts to the Caisse Commune des Porteurs des Dettes publiques autrichienne et hongroise, Paris

243-18 Del. 20-1812/52.

Betr.: *Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die österreichischen äusseren Anleihen*

*London, den 20. Oktober 1952,
29, Chesham Place, S.W. 1.*

Die Deutsche Delegation schlägt vor, dass die Bundesrepublik Deutschland die ihr gemäss Schreiben des Bundeskanzlers an die Alliierte Hohe Kommission vom 6. März 1951 obliegende Haftung für die von der Caisse Commune verwalteten Vorkriegsanleihen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, und zwar die 4% Österreichische Goldrente, die 4½% Österreichischen Staatsschatzanweisungen von 1914, die Österreichisch-Ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft (Steg)-Prioritäten nach folgendem Verfahren erfüllt:

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt zur Abgeltung aller Ansprüche, die ihr gegenüber aus irgendeinem Rechtsgrund aus den vorgenannten Anleihen geltend gemacht werden können, einen Gesamtbetrag von

4.154.213 DM. Gegenwert,

zahlbar in folgenden Jahresraten und zu folgenden Fälligkeitstagen:

- 689.895 DM. Gegenwert am 1. Juli 1953.
- 749.120 DM. Gegenwert am 1. Juli 1954.
- 818.663 DM. Gegenwert am 1. Juli 1955.
- 900.323 DM. Gegenwert am 1. Juli 1956.
- 996.212 DM. Gegenwert am 1. Juli 1957.

Die Zahlung erfolgt für Rechnung der Gläubiger an die Caisse Commune in Paris.

Die Aufteilung der vorgenannten Jahresraten in die Währungen, die für die verschiedenen Anleihen in Frage kommen und in denen die Zahlung zum jeweiligen Tageskurs zu erfolgen hat, wird der Deutschen Delegation in Prozentsätzen umgehend mitgeteilt.

Über die einzelnen Jahresraten händigt die Bundesrepublik Deutschland an die bezeichnete Zahlstelle unverzinsliche Schuldscheine aus, in denen der DM.-Gegenwert und die Prozentsätze der Währungen, in denen die Zahlung zu erfolgen hat, sowie der jeweilige Fälligkeitstag angegeben werden. Die Schuldscheine sind der Bundesrepublik Deutschland nach Einlösung zurückzugeben.

Die Auffassung der Deutschen Delegation über die Regelung der in österreichischem Besitz befindlichen Schuldverschreibungen der Reichsanleihe 1938 II. Ausgabe ist in dem anliegenden Annex dargelegt.

HERMANN J. ABS.

[Annex as in Annex to Anlage I.]

(Translation)

ANNEX 10

243-18 Del. 20-1812/52.

Re.: *Liability of the Federal Republic of Germany for Austrian External Loans*

29, Chesham Place,
London, S.W. 1.

20th October, 1952

The German Delegation propose that the Federal Republic of Germany should fulfil in the following manner its liability under the terms of the letter of the Federal Chancellor to the Allied High Commission of 6th March, 1951, with respect to the pre-war loans of the Austro-Hungarian Empire serviced through the Caisse Commune, namely:—

- (i) Austrian Government Gold Rentes, 4 per cent.;
- (ii) Austrian 4½ per cent. redeemable Treasury Notes, 1914;
- (iii) Austro-Hungarian Chartered State Railway (STEG) Bonds.

The Federal Republic of Germany will pay, in settlement of all claims which could be asserted against it on any legal basis with respect to the above-mentioned loans, a total amount to the equivalent of:—

4,154,213 DM.

payable in the following yearly instalments on the following due dates:—

The equivalent of	689,895 DM.	on 1st July,	1953.
"	"	749,120	" " 1954.
"	"	818,663	" " 1955.
"	"	900,323	" " 1956.
"	"	996,212	" " 1957.

Payment will be made to the account of the creditors at the Caisse Commune, Paris.

A breakdown by percentages of the said yearly instalments according to the currencies which are involved in the case of the various loans and in which payment will be made at the rate of exchange ruling on the appropriate date will be transmitted to the German Delegation as soon as possible:

The Federal Republic of Germany will send to the specified paying agents, in respect of the various annuities, non-interest bearing bonds, which will state the equivalent in DM., the percentages due in the various currencies in which payment is to be made and the relevant due dates of payment. The bonds will be returnable to the Federal Republic of Germany after redemption.

The view of the German Delegation on the settlement of bonds of the Reichsanleihe, 1938. issue II, in Austrian hands, is stated in the attached Annex.

HERMANN J. ABS.

[Annex as in Annex to Annex 1.]

ANLAGE 11
(ANNEXE 11)

LB./M.

The Caisse Commune des Porteurs des Dettes publiques autrichiennes et hongroises émises avant la guerre, to the German Delegation for External Debts

S. C. 2523.
C. C.

Responsabilité de la République Fédérale d'Allemagne pour les Emprunts extérieures autrichiens (Emprunts dont le service est centralisé par la Caisse commune)

V/Ref.: 243-18 Del. 20-1812/52.

Messieurs, Paris, le 10 novembre 1952.

Nous avons l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 20 octobre.

Nous vous confirmons notre accord de principe sur la proposition contenue dans cette lettre pour le règlement de la responsabilité de la République fédérale d'Allemagne en ce qui concerne le service des emprunts suivants, qui est centralisé par notre institution :

- Rente autrichienne 4% or;
- Mandats du Trésor autrichien 4½% 1914;
- Obligations 4% 1900 de la Société autrichienne-hongroise des Chemins de fer de l'Etat (Steg).

Nous vous proposons, toutefois, de préciser comme suit cette proposition :

I.—La somme de 4.154.213 deutschmarks représente, d'après les indications verbales que vous avez bien voulu nous donner, la "valeur actuelle," payable en 5 annuités, de 15 annuités égales de 350.000 deutschmarks.

Nous souhaiterions que ces 5 annuités soient, à la suite d'un calcul complémentaire de "valeur actuelle," d'un montant égal et non pas d'un montant progressif comme le prévoit votre lettre précitée.

D'après nos calculs, le montant de chacune de ces 5 annuités égales, serait de :

803.391 deutschmarks.

II.—Ledit montant de 803.391 deutschmarks représente lui-même la contre-valeur, au cours officiel du change, des montants suivants :

Rente 4% or:	\$163.442.
Mandats du Trésor 4½% 1914:	Frs. S. 119.198.
Obligations Steg 4%:	Frs. fr. 206.350.

III.—Il convient d'ajouter au montant de chaque annuité le montant des commissions de banque et des frais de publicité.

Lors de la dernière mise en paiement des coupons des emprunts autrichiens effectués en 1951, la Commission de banque a été fixée à 5/8% du montant du paiement et les frais de publicité se sont élevés à :

- 27.000 francs belges
- 200 florins des Pays-Bas

1.250 francs suisses
220 livres sterling
105.000 francs français

soit, à \$1.805 = 7.580 deutschmarks.

La commission de banque ressortirait, elle-même, pour chaque année à :

\$1.236 = 5.193 deutschmarks.

L'annuité devrait donc être augmentée de :

1.805 + 1.236 = \$3.041.

ou :

7.580 + 5.193 = 12.773 deutschmarks.

La fraction de l'annuité décomptée en dollars serait donc portée à :

\$166.483

et le montant global de l'annuité serait lui-même porté à

816.164 deutschmarks.

IV.—Les paiements seraient effectués, au crédit de la Caisse commune, auprès des banques que nous vous désignerions, dans la monnaie nationale de chacun des pays intéressés, sur la base de la répartition suivante :

Angleterre	10%
Belgique	10%
France	50%
Hollande	4%
Suisse	26%

V.—Les obligations sans intérêt, mentionnées à l'alinéa IV de votre lettre, devraient être remises à la Caisse commune qui les restituerait après réception du versement.

Les obligations devraient faire mention de l'engagement de verser, le 1^{er} juillet de chaque année, à partir du 1^{er} juillet 1953 inclus et jusqu'au 1^{er} juillet 1957 inclus, la contre-valeur des montants respectifs indiqués ci-dessous :

166.483 dollars des Etats-Unis.

119.198 francs suisses.

206.350 francs français.

Nous vous prions de bien vouloir nous faire connaître si, comme nous l'espérons, les précisions ci-dessus exposées recueillent votre agrément.

Veuillez agréer, etc.

Le Secrétaire Général :

L. MARTIN.

Le Président :

PAUL GAUTHIER.

613

(Translation)

ANNEX 11

LB./M.

S. C. 2523
C. C.

Liability of the Federal Republic of Germany in respect of Austrian External Loans (Loans the service of which is centralised with the Caisse Commune)

Your Ref.: 243-18 Del. 20-1812/52

Gentlemen,

Paris, 10th November, 1952.

We have the honour to acknowledge the receipt of your letter of 20th October.

We confirm that we agree in principle to the proposals contained in the letter under reference for the settlement of the liability of the Federal Republic of Germany with respect to the service, which is centralised with this Institution, of the following loans:—

- Austrian 4% Gold Rentes.
- Austrian 4½% Redeemable Treasury Notes, 1914.
- Austro-Hungarian Chartered State Railway (STEG) Bonds.

We propose, however, to define this proposal more clearly, as follows:—

I.—The sum of 4,154,213 Deutschmarks represents, according to the oral explanations which you were good enough to give us, the "present value," to be paid in five yearly instalments, of 15 equal yearly instalments of 350,000 Deutschmarks each.

We would wish these five yearly instalments to be, after recalculation of their present value, of an equal amount and not of a progressive amount as suggested in your above-mentioned letter.

According to our calculation, the amount of each of these equal yearly instalments would be:—

803,391 DM.

II.—The above-mentioned amount of 803,391 DM. represents the equivalent, at the official rate of exchange, of the following amounts:—

- 4% Gold Rentes: \$163,442.
- Redeemable Treasury Notes: Swiss francs 119,198.
- STEG 4% Bonds: French francs 206,350.

III.—The amount of bank charges and advertising expenses has to be added to the amount of each yearly instalment.

On the last occasion when payment was made on coupons of the Austrian loans in 1951, the bank charges were fixed at ⅜% of the amount paid and advertising expenses amounted to:—

- 27,000 Belgian francs
- 200 Netherlands florins
- 1,250 Swiss francs
- 220 £ sterling
- 105,000 French francs

that is to say, to \$1,805=7,580 DM.

The Bank charges would amount each year to \$1,236=5,193 DM.

The yearly instalment should therefore be increased by

\$1,805 + 1,236 = \$3,041

or

7,580 DM. + 5,193 = 12,773 DM.

The portion of the yearly instalment expressed in \$ will therefore become

\$166,483

and the total amount of the yearly instalment would therefore be 816,164 DM.

IV.—The payments would be made, to the account of the Caisse Commune, at banks to be designated by us in the currency of each of the interested countries on the basis of the following breakdown:—

	<i>Percentage</i>
England	10
Belgium	10
France	50
Netherlands	4
Switzerland	26

V.—The non-interest-bearing bonds, referred to in paragraph IV of your letter should be issued to the Caisse Commune, which would return them after receipt of the payment.

The bonds would specify the undertaking to pay on 1st July of each year, beginning on 1st July, 1953, and ending on 1st July, 1957, the equivalent of the following individual amounts:—

166,483 U.S. \$.

119,198 Swiss francs.

206,350 French francs.

We should be grateful if you would confirm, as we hope will be the case, that you agree to the statement set out above.

Please accept, etc.

L. MARTIN,
Secretary-General.

PAUL GAUTHIER,
President.

ANLAGE 12

The German Delegation for External Debts to the Caisse Commune des Porteurs des Dettes publiques autrichienne et hongroise émises avant la guerre, Paris (17^e)

243-18 Del. 20-2032/52.

Betr.: *Haftung der Bundesrepublik Deutschland für die österreichischen äusseren Anleihen (Caisse Commune-Anleihen)*

*London, den 13. November 1952,
29, Chesham Place. S.W. 1.*

Sehr geehrte Herren!

Die Deutsche Delegation bestätigt den Eingang Ihres Schreibens vom 10. November 1952. Sie ist mit der darin vorgesehenen Regelung einverstanden. Nach Inkrafttreten des Londoner Regierungsabkommens wird die Bundesrepublik Deutschland an die Caisse Commune einen Schuldschein aushändigen, in dem sie sich verpflichtet, fünf gleiche Jahresraten am 1. Juli jedes Jahres, beginnend am 1. Juli 1953, in Höhe von 816.164,—DM. Gegenwert in fremder Währung in folgender Aufteilung zu zahlen:

- 81.616,40 DM. in Pfund Sterling,
 - 81.616,40 DM. in belgischen Franken,
 - 408.082,— DM. in französischen Franken,
 - 32.646,56 DM. in Holländischen Gulden. und
 - 212.202,64 DM. in Schweizer Franken
-
- 816.164.— DM.

Mit, etc.

HERMANN J. ABS.

(Translation)

ANNEX 12

243-18 Del. 20-2032/52.

*Liability of the Federal Republic of Germany for Austrian External Loans
(Caisse Commune Loans)*

29, Chesham Place.
London, S.W. 1,

13th November, 1952.

Gentlemen.

The German Delegation acknowledge the receipt of your letter of 10th November, 1952. They agree with the settlement provided therein. After the entry into force of the London Intergovernmental Agreement the Federal Republic of Germany will issue to the Caisse Commune a bond in which it will undertake to pay on 1st July of each year, beginning on 1st July, 1953, 5 equal yearly instalments of an amount in foreign currencies equivalent to 816,164 DM. made up as follows:—

81,616·40	DM.	in £ sterling.
81,616·40	DM.	in Belgian francs.
408,082	DM.	in French francs.
32,646·56	DM.	in Dutch guilders.
212,202·64	DM.	in Swiss francs.
<hr/>		
816,164	DM.	

Yours, etc.

HERMANN J. ABS.

617

ANLAGE 13

“Schuldschein.

Die Bundesrepublik Deutschland zahlt zur Abgeltung aller Ansprüche, die ihr gegenüber aus irgendeinem Rechtsgrund aus folgenden Anleihen, und zwar

- 4% Österreichischen Goldrente,
- 4½% Österreichischen Staatsschatzanweisungen von 1914,
- Österreichisch-Ungarischen Staatseisenbahn-Gesellschaft (STEG)-Prioritäten,

geltend gemacht werden können, jeweils am 1. Juli 1953, 1954, 1955, 1956 und 1957 5 gleiche Jahresraten im Gegenwert von

- 166.483 Dollars der Vereinigten Staaten von Amerika,
- 119.198 Schweizer Franken,
- 206.350 Französischen Franken.

Die Zahlungen werden geleistet

- zu 10% in englischer Währung,
- zu 10% in belgischer Währung,
- zu 50% in französischer Währung,
- zu 4% in holländischer Währung,
- zu 26% in schweizer Währung.

Die Zahlungen erfolgen an diejenigen Banken, die von der Caisse Commune des Porteurs des Dettes publiques autrichienne et hongroise bezeichnet werden.

Bad Homburg v.d.H.,

den

Für die Bundesrepublik Deutschland
Bundesschuldenverwaltung.”

(Translation)

Certificate of Indebtedness

The Federal Republic of Germany will pay in settlement of all claims which can be asserted against it for any reason in respect of the following loans:—

Austrian 4% Gold Rentes,
Austrian 4½% Redeemable Treasury Notes, 1914,
Austro-Hungarian Chartered State Railway (STEG) Bonds,

5 equal yearly instalments to be paid on 1st July, 1953, 1954, 1955, 1956 and 1957 respectively, to the equivalent of—

166,483 United States Dollars.
119,198 Swiss Francs.
206,350 French Francs.

Payment will be made as for—

10% in English currency.
10% in Belgian currency.
50% in French currency.
4% in Dutch currency.
26% in Swiss currency.

Payments will be made to banks to be designated by the Caisse Commune des Porteurs des Dettes publiques autrichiennes et hongroises.

Bad Homburg v.d.H.

the.....

For the Federal Republic of Germany
Administration of the Federal Debt.

619

Abkommen über die Zahlungen in die Deutsche Verrechnungskasse

243-18 Del. 20-2341/52.

The German Delegation for External Debts to the Head of the French Delegation to the Tripartite Commission on German Debts

No. 1

Sehr geehrter M. Gregh!

Bonn, 10. Dezember 1952.

Ich beehre mich, das Ergebnis unserer Besprechungen die in Ausführung der Bestimmungen des Artikels 10 von Anhang 6 des Konferenzschlussberichts zum Zwecke der Regelung deutscher Restverbindlichkeiten aus dem deutsch-französischen Verrechnungsverkehr während des Zweiten Weltkrieges stattgefunden haben, wie folgt zusammenzufassen:

Im Zeitpunkt der Einstellung des deutsch-französischen Verrechnungsverkehrs im August 1944 sind bei der deutschen Verrechnungskasse in Berlin eine Reihe von Zahlungen steckengeblieben, auf welche nunmehr von französischer Seite Anspruch erhoben wird.

Über Ursprung und Umfang dieser Zahlungen bestehen weder auf deutscher noch auf französischer Seite ausreichende Unterlagen. Von deutscher Seite sind rechtliche Bedenken gegen die französischen Forderungen geltend gemacht worden, und zwar einmal mit Rücksicht auf die schuld-befreiende Wirkung von Einzahlungen bei der Deutschen Verrechnungskasse, zum anderen mit Rücksicht auf Absatz (2) von Artikel 5 des zukünftigen Abkommens über die deutschen Auslandsschulden. Von französischer Seite wurde die Auffassung vertreten, dass die deutschen Schuldner nicht bereits durch die Einzahlung der von ihnen geschuldeten Beträge in die Deutsche Verrechnungskasse, sondern erst mit dem Eintreffen der entsprechenden Gutschriftsanzeigen der Deutschen Verrechnungskasse bei dem "Office des Changes" in Paris von ihrer Schuld befreit worden seien, und dass die Forderungen der Zahlungsempfänger gegenüber der Deutschen Verrechnungskasse, welche die Einzahlungen von den Schuldnern der Zahlungsempfänger entgegengenommen habe, nicht als aus dem Kriege herrührend angesehen werden könnten.

Um zu einer praktischen Lösung zu gelangen, haben sich die Deutsche Delegation und die Französische Delegation unter Aufrechterhaltung ihrer beiderseitigen Rechtsstandpunkte auf folgende Bestimmungen geeinigt:

1. Zur abschliessenden Regelung der Ansprüche der Französischen Republik und ihrer Staatsangehörigen aus dem in Absatz (4) dieses Schreibens bezeichneten Zahlungsverkehr leistet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der Französischen Republik eine einmalige Abfindung in Höhe von 700 000 DM.

2. Diese Abfindungssumme ist am 1. Oktober 1953 fällig. Eine Verzinsung bis zu diesem Zeitpunkt findet nicht statt.

3. Die Abfindungssumme wird in Deutscher Mark auf ein zugunsten der Regierung der Französischen Republik zu eröffnendes Sperrkonto bei der Bank deutscher Länder gezahlt, das den geltenden deutschen Devisenbestimmungen unterliegt.

4. Mit der Zahlung dieses Betrages sollen alle Ansprüche der Französischen Republik und ihrer Staatsangehörigen gegen die Bundesrepublik Deutschland sowie gegen die im August 1944 im deutschen Währungsgebiet wohnhaft gewesenen deutschen Staatsangehörigen aus Zahlungen abgegolten

sein, die im Rahmen des deutsch-französischen Verrechnungsverkehrs an die Deutsche Verrechnungskasse in dem im August 1944 bestehenden deutschen Währungsgebiet geleistet worden sind und nicht zu Zahlungen an französische Staatsangehörige geführt haben.

5. Unter diese Vereinbarung fallen nicht die Ansprüche der Französischen Republik und ihrer Staatsangehörigen aus Zahlungen, die im Rahmen des deutsch-schweizerischen Verrechnungsverkehrs zwischen den Departements Bas-Rhin, Haut-Rhin und Moselle einerseits und der Schweiz andererseits geleistet worden sind und nicht zu Zahlungen an die Empfangsberechtigten geführt haben. Hierzu gehören sowohl Zahlungen, die in den drei genannten Departements an die Deutsche Verrechnungskasse geleistet worden sind, als auch Überweisungen des Office Suisse de Compensations an die Deutsche Verrechnungskasse für Empfänger, die in den drei genannten Departements wohnhaft waren. Solche Zahlungen werden Gegenstand einer zusätzlichen Vereinbarung sein, sobald die Frage geklärt ist, ob die betreffenden Beträge als in Deutschland oder in der Schweiz befindlich zu betrachten sind.

Ich wäre dankbar, wenn Sie den Inhalt dieses Schreibens bestätigen wollten.

Mit dem Ausdruck, etc.

HERMANN J. ABS.

(Translation of No. 1)

Agreement regarding Payments into the Deutsche Verrechnungskasse

243-18 Del. 20-2341/52.

Mr. Chairman,

Bonn, 10th December, 1952.

I have the honour to summarise as follows the results of the discussions which we have had, in implementation of the provisions of Article 10 of Appendix 6 of the Final Report of the Conference, on the settlement of arrears of payments under the Franco-German Clearing during the second World War.

At the time when Franco-German clearing operations ceased in August, 1944, there remained in suspense at the Deutsche Verrechnungskasse in Berlin a series of sums paid in, to which claim is laid on the part of the French.

Records of the origin and the extent of these payments are inadequate on both the German and the French sides. Legal objections to the French claims have, however, been invoked on the German side, on the grounds of the discharging effect of payments to the Deutsche Verrechnungskasse, and also on the grounds of the provisions of paragraph (2) of Article 5 of the future Agreement on German External Debts. On the French side it was maintained that the German debtors would be discharged from their debts, not by payment into the Deutsche Verrechnungskasse of the sums owed by them, but only upon receipt at the Office des Changes at Paris of the relevant credit notes of the Deutsche Verrechnungskasse; and that the claims of the persons entitled to receive payment against the Deutsche Verrechnungskasse, which had received the payments made by the debtors of these persons, could not be considered as arising out of the war.

In order to arrive at a practical solution, the German and French Delegations, while maintaining their respective legal positions, have reached agreement on the following provisions:—

1. In full and final settlement of the claims of the French Republic and of its nationals in respect of the payment transactions referred to in paragraph 4 of this letter, the Government of the Federal Republic of Germany will make to the Government of the French Republic a single payment in satisfaction of these claims to an amount of 700,000 Deutschmarks.
2. This sum will be due on 1st October, 1953. It will not bear interest until that date.
3. The sum will be paid in Deutschmarks into a blocked account which will be opened with the Bank deutscher Länder in the name of the Government of the French Republic and which will be subject to the German exchange control regulations in force.
4. Payment of this amount will extinguish all the claims of the French Republic and of its nationals, arising out of payments which were made under the Franco-German Clearing to the Deutsche Verrechnungskasse in the German currency area as it existed in August, 1944, without being followed up by a payment to French nationals, against the Federal Republic and against German nationals who resided in this currency area in August, 1944.
5. The present Agreement does not cover the claims of the French Republic and of its nationals arising out of payments made to the Deutsche Verrechnungskasse under the German-Swiss Clearing between the Departments of Bas-Rhin, of Haut-Rhin and of Moselle, on the one hand, and

Switzerland, on the other hand, which have not been followed up by a payment to the persons entitled to receive payment, such payments including those made to the Deutsche Verrechnungskasse in the three Departments referred to above and also payments by the Swiss Clearing Office to the Deutsche Verrechnungskasse in favour of intended recipients who resided in these three Departments. These payments will be the subject of a supplementary agreement as soon as it has been determined whether the amounts in question should be considered as situated in Germany or in Switzerland.

I should be grateful if you would confirm that you agree with the contents of this letter.

Please accept, &c.

HERMANN J. ABS.

The Head of the French Delegation to the Tripartite Commission on German Debts to the Head of the German Delegation for External Debts

Monsieur le Président,

Paris, le 24 décembre 1952.

Je me réfère à votre lettre du 10 décembre 1952 relative aux conversations que nous avons eues en exécution de l'article 10 de l'annexe 6 du rapport de la Conférence. J'ai l'honneur de vous confirmer que, réservant chacune sa position juridique, les Délégations française et allemande sont tombées d'accord au nom de leurs Gouvernements sur les dispositions suivantes :

1. En règlement définitif des droits de la République Française et de ses ressortissants au titre des opérations visées au paragraphe 4 ci-après, le Gouvernement de la République Fédérale allemande fera au Gouvernement de la République Française un versement unique d'un montant de 700.000 DM.

2. Cette somme sera due le 1^{er} octobre 1953. Elle ne portera pas intérêts d'ici cette date.

3. Cette somme sera payée en Deutsche Mark à un compte bloqué, ouvert à la Bank Deutscher Länder au nom du Gouvernement de la République Française, qui sera soumis à la réglementation de contrôle des changes allemande en vigueur.

4. Le paiement de cette somme mettra fin à tous les droits de la République Française et de ses ressortissants résultant de versements faits au titre du clearing franco-allemand à la Deutsche Verrechnungskasse dans la zone monétaire allemande telle qu'elle existait en août 1944 et qui n'ont pas été suivis d'un paiement à des ressortissants français, contre la République Fédérale et contre des ressortissants allemands qui résidaient en août 1944 dans cette zone monétaire.

5. Le présent accord ne couvre pas les droits de la République Française et de ses ressortissants résultant de versements faits à la Deutsche Verrechnungskasse au titre du clearing germano-suisse entre les départements du Bas-Rhin, du Haut-Rhin et de la Moselle d'une part, et la Suisse d'autre part, et qui n'ont pas été suivis d'un paiement au destinataire, ces versements s'entendant aussi bien des versements faits à la Deutsche Verrechnungskasse dans les trois départements ci-dessus que des virements faits par l'Office suisse de Compensation à la Deutsche Verrechnungskasse à destination de bénéficiaires qui résidaient dans ces trois départements. Ces versements donneront lieu à un accord complémentaire dès qu'il aura été déterminé si les sommes en cause doivent être considérées comme se trouvant en Allemagne ou en Suisse.

Veuillez agréer, etc.

FRANÇOIS-DIDIER GREGH.

Mr. Chairman,

Paris, 24th December, 1952.

I refer to your letter of the 10th December, 1952, relating to the conversations which we held in implementation of Article 10 of Appendix 6 of the Report of the Conference. I have the honour to confirm that the French and German Delegations, while each reserving its respective legal position, have reached agreement in the name of their Governments on the following provisions:—

1. In full and final settlement of the claims of the French Republic and of its nationals in respect of the payment transactions referred to in paragraph 4 of this letter, the Government of the Federal Republic of Germany will make to the Government of the French Republic a single payment in satisfaction of these claims to an amount of 700,000 Deutschmarks.

2. This sum will be due on 1st October, 1953. It will not bear interest until that date.

3. The sum will be paid in Deutschmarks into a blocked account which will be opened with the Bank deutscher Länder in the name of the Government of the French Republic and which will be subject to the German exchange control regulations in force.

4. Payment of this amount will extinguish all the claims of the French Republic and of its nationals, arising out of payments which were made under the Franco-German Clearing to the Deutsche Verrechnungskasse in the German currency area as it existed in August, 1944, without being followed up by a payment to French nationals, against the Federal Republic and against German nationals who resided in this currency area in August, 1944.

5. The present Agreement does not cover the claims of the French Republic and of its nationals arising out of payments made to the Deutsche Verrechnungskasse under the German-Swiss Clearing between the Departments of Bas-Rhin, of Haut-Rhin and of Moselle, on the one hand, and Switzerland, on the other hand, which have not been followed up by a payment to the persons entitled to receive payment, such payments including those made to the Deutsche Verrechnungskasse in the three Departments referred to above and also payments by the Swiss Clearing Office to the Deutsche Verrechnungskasse in favour of intended recipients who resided in these three Departments. These payments will be the subject of a supplementary agreement as soon as it has been determined whether the amounts in question should be considered as situated in Germany or in Switzerland.

Please accept, etc.

FRANÇOIS-DIDIER GREGH.

Vereinbarung über die Regelung der Schweizerfranken-Grundsulden

Zürich, den 23. Februar 1953

Die in der gemeinsamen Erklärung der deutschen und der schweizerischen Delegation zu den Verhandlungen über die Regelung der Schweizerfranken-Grundsulden vom 25. Juli 1952 (Unteranlage zu Anlage IV des Abkommens) vorgesehenen Verhandlungen, die unter Vorsitz der Vertrauensstelle in Zürich zwischen Vertretern der Interessen der Franken-grundschuldgläubiger unter Leitung von Herrn Dr. Hans Koenig und Vertretern der Interessen der Eigentümer der belasteten Grundstücke unter Leitung von Herrn Dr. Johannes Handschumacher stattfanden, haben zu folgender

VEREINBARUNG

geführt :

ARTIKEL 1

Die nachfolgenden Bestimmungen beziehen sich auf die Frankengrundschulden im Sinne des Abkommens zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft betreffend schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner vom 6. Dezember 1920 und des Zusatzabkommens hierzu vom 25. März 1923 (im folgenden Zusatzabkommen genannt).

ARTIKEL 2

- (1) Der Gläubiger wird die Fälligkeit der Gläubigergrundschuld bis zum 31. Dezember 1957 hinausschieben.
- (2) Ab 1. Januar 1958 tritt die Fälligkeit der Gläubigergrundschuld nach Massgabe des Tilgungsplanes (Artikel 3) ein.

ARTIKEL 3

- (1) Die Gläubigergrundschuld ist ab 1. Januar 1958 durch Zahlung nach dem Ausland wie folgt zu tilgen:
 - (a) in den ersten 5 Jahren (1. Januar 1958 bis 31. Dezember 1962) mit 3% jährlich;
 - (b) in den zweiten 5 Jahren (1. Januar 1963 bis 31. Dezember 1967) mit 8% jährlich;
 - (c) in den folgenden 3 Jahren (1. Januar 1968 bis 31. Dezember 1970) mit 15% jährlich;

des Nennbetrages der Gläubigergrundschuld bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung.

- (2) Die Tilgungsrate ist jeweils bis zum Ende des Tilgungsjahres zu leisten.

ARTIKEL 4

- (1) Übersteigt die Gläubigergrundschuld den nach Absatz 2 zu berechnenden Wert des Grundstückes, so sollen die gemäss Artikel 3 geleisteten Tilgungsraten mit einem höheren Betrag als dem Nennbetrag der Zahlung angerechnet werden. Die Anrechnung erfolgt im Verhältnis der bei Inkrafttreten der Vereinbarung bestehenden Gläubigergrundschuld zu dem bei Fälligkeit der Tilgungsrate nach Massgabe von Absatz 2 berechneten Wert des Grundstückes.

- (2) Für die Berechnung des Wertes des Grundstückes zur Zeit der Fälligkeit der Tilgungsrate ist vom Verkehrswert der Mehrwert abzuziehen.

der durch die Wiederherstellung des Grundstückes entstanden ist; dies gilt insoweit nicht, als der Mehrwert auf zugestandene Zinsverzichte des Gläubigers zurückzuführen ist.

ARTIKEL 5

(1) Die bei Inkrafttreten dieser Vereinbarung bis 31. Dezember 1952 fällig gewordenen und noch nicht gezahlten Zinsen sind vom Schuldner binnen sechs Monaten nach Zahlungsaufforderung in Deutscher Mark zu zahlen. In Härtefällen wird der Gläubiger die Zahlungsfrist angemessen verlängern.

(2) Soweit der Zins 4 v.H. der Gläubigergrundschuld übersteigt, wird er auf 4 v.H. gekürzt.

ARTIKEL 6

(1) Die ab 1. Januar 1953 fällig werdenden Zinsen sind nach dem Ausland zu zahlen.

(2) Der Vertragszins (Höchstzins im Sinne von Artikel 6, Abs. 2, des Zusatzabkommens) ist um 25 v.H., jedoch nicht unter 4 v.H. zu kürzen.

ARTIKEL 7

(1) Höchstzins und Mindestzins im Sinne von Artikel 6, Abs. 2, und Artikel 18 des Zusatzabkommens werden von dem jeweils ausstehenden Betrag der Gläubigergrundschuld errechnet.

(2) Wenn Tilgungen geleistet werden, so wird der Normalzins im Sinne von Artikel 19 des Zusatzabkommens folgendermassen errechnet: Es wird der Prozentsatz ermittelt, der sich aus dem Verhältnis der Tilgungsrate zur Gläubigergrundschuld vor Tilgungsbeginn ergibt. Sodann werden 80 v.H. beziehungsweise bei Grossobjekten (Artikel 7, Abs. 2, lit. (a), des Zusatzabkommens) 90 v.H. des so ermittelten Prozentsatzes vom Normalzinssatz des Vorjahres abgesetzt. Der verbleibende Normalzinssatz, auf den Reinertrag angewendet, ergibt den Normalzins.

(3) Werden Tilgungen über den Nennbetrag angerechnet (Artikel 4), so wird als Tilgung im Sinne von Absatz 2 nur der tatsächlich gezahlte Betrag berücksichtigt.

(4) Eine Herabsetzung des Normalzinses gemäss Absatz 2 und 3 findet bei den in Artikel 4, Abs. 4, des Zusatzabkommens genannten Gläubigergrundschulden erst statt, wenn eine solche Gläubigergrundschuld unter Berücksichtigung von Artikel 4 dieser Vereinbarung um die Hälfte getilgt ist. Sodann finden Absatz 2 und 3 mit der Massgabe Anwendung, dass die bis dahin geleisteten Zahlungen ausser Betracht bleiben.

ARTIKEL 8

Kann unter Berücksichtigung aller Umstände insbesondere in Anbetracht des Zustandes und des Ertrages des belasteten Grundstückes dem Eigentümer die pünktliche oder vollständige Zahlung der in Artikel 3 vorgesehenen Tilgungsraten nicht zugemutet werden, so soll bei Fälligerwerden einer Tilgungsrate der Gläubiger für die Entrichtung dieser Tilgungsrate oder eines Teiles davon eine angemessene Stundung bewilligen.

ARTIKEL 9

(1) Würde der Wiederaufbau des beschädigten oder zerstörten Grundstückes durch eine Ablösung der Gläubigergrundschuld erleichtert, so sollen

der Gläubiger der Grundschuld und der Eigentümer sich bemühen, die Gläubigergrundschuld abzulösen. Bei der Festsetzung des Ablösungsbetrages soll in der Regel von fünf Sechsteln beziehungsweise bei Grossobjekten von zehn Elfteln des nach Artikel 4, Abs. 2, berechneten Grundstückswertes ausgegangen werden.

(2) Erhält der Eigentümer auf Grund der deutschen Gesetzgebung einen Ersatz für Kriegsschäden am Grundstück, so ist er verpflichtet, den Gläubiger der Grundschuld in Höhe von fünf Sechsteln beziehungsweise bei Grossobjekten in Höhe von zehn Elfteln des Ersatzes so zu stellen, wie er im gleichen Falle den deutschen Gläubiger einer im Verhältnis eins zu eins umgestellten Grundschuld zu stellen hätte.

(3) In anderen Fällen der Ablösung sollen die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 entsprechend berücksichtigt werden.

ARTIKEL 10

(1) Ist das Gebäude auf dem belasteten Grundstücke zu mindestens 20 v.H. zerstört, und verpflichtet sich der Eigentümer zu dessen Wiederherstellung, indem er nachweist, dass er die Mittel dazu besitzt oder beschaffen kann, so hat der Gläubiger sein Einverständnis zu erteilen, dass die Gläubigergrundschuld hinter ein Tilgungspfandrecht oder mehrere Tilgungsgrundpfandrechte in Gesamthöhe von 60 v.H. der Aufbaukosten zurücktritt.

(2) Ist das Gebäude auf dem belasteten Grundstücke zu mindestens 50 v.H. zerstört, so hat der Gläubiger ausserdem sein Einverständnis zu erteilen, dass die Gläubigergrundschuld im Verhältnis der Gläubigergrundschuld zum Verkehrswert des Grundstückes herabgesetzt wird. Die Eigentümergrundschuld wird in gleicher Weise behandelt. Wenn nach dieser Bestimmung eine Herabsetzung der Gläubigergrundschuld und der Eigentümergrundschuld erfolgt, so sind die Bestimmungen über die erhöhte Anrechnung von Tilgungsraten (Artikel 4) nicht anzuwenden.

(3) Der Eigentümer ist verpflichtet, vorgehende Grundstücksbelastungen löschen zu lassen, soweit sich das Grundpfandrecht mit dem Eigentum in einer Person vereinigt, und zur Sicherung dieses Gläubigeranspruches eine Löschungsvormerkung zugunsten der Gläubigergrundschuld eintragen zu lassen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind insoweit nicht anwendbar, als sich ihre Inanspruchnahme unter Berücksichtigung aller Umstände als Rechtsmissbrauch darstellen würde.

ARTIKEL 11

Eine Herabsetzung der Gläubigergrundschuld in anderen als den in Artikel 4 und 10 genannten Fällen ohne Zustimmung des Gläubigers ist ausgeschlossen.

ARTIKEL 12

(1) Kann sich der Gläubiger mit dem Eigentümer über die in Artikel 4, 7, 8 und 10 erwähnten Fragen nicht einigen, so entscheidet die Vertrauensstelle (Artikel 28 des Zusatzabkommens) auf Antrag des Gläubigers oder des Eigentümers als Schiedsgericht endgültig. Ihre Entscheidung ist bindend.

(2) Die Vertrauensstelle kann auf gemeinsamen Antrag von Gläubiger und Eigentümer auch den Wert des Grundstückes oder die Höhe der Ablössungssumme im Sinne von Artikel 9 festsetzen.

(3) Die Vertrauensstelle kann auf gemeinsamen Antrag von Gläubiger und Eigentümer auch andere zwischen ihnen bestehende Streitigkeiten entscheiden.

ARTIKEL 13

(1) Die Bestimmungen der Artikel 4 und 7 bis 10 stellen eine erschöpfende Aufzählung der Erleichterungen dar, die der Eigentümer gemäss Artikel 11, Abs. 1, der Anlage IV in Anspruch nehmen könnte.

(2) Artikel 11, Absatz 2, und Artikel 17 der Anlage IV werden ersetzt durch die Bestimmungen des Artikels 12 dieser Vereinbarung.

Zürich, den 23. Februar 1953.

Für die Vertrauensstelle:

das schweizerische Mitglied:

FRÖLICHER.

das deutsche Mitglied:

STEIN.

Für die Vertreter der
Gläubigerinteressen:

KOENIG.

Für die Vertreter der
Eigentümerinteressen:

DR. HANDSCHUMACHER.

Schweizerische Erklärung zur Vereinbarung vom 23. Februar 1953

Die Gläubiger von Schweizerfranken-Grundsulden verweisen auf die grundsätzlichen Vorbehalte die Herr Minister Stucki in der Eröffnungssitzung der Londoner Konferenz vom 28. Februar 1952 in London gemacht hat. Es wird ferner festgehalten, dass sich die schweizerische Regierung bereits in einer Note vom 18. Mai 1936 gegenüber der deutschen Seite alle Rechtsansprüche aus den Staatsverträgen vom 6. Dezember 1920 (Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich betreffend die schweizerischen Goldhypothen in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner) sowie vom 25. März 1923 (Zusatzabkommen) hinsichtlich des Transfers gewahrt hat. Demzufolge sind denn auch tatsächlich bis zum Jahre 1944 die Frankengrundsuldzinsen ungekürzt nach der Schweiz transferiert worden. Die Gläubiger von Schweizerfranken-Grundsulden stellen fest, dass ihre Rechte aus den beiden Staatsverträgen vorbehalten bleiben, wenn das Londoner Regierungsabkommen dahinfallen oder der darin vorgesehene Transfer ganz oder teilweise ausbleiben sollte.

Deutsche Erklärung zur Vereinbarung vom 23. Februar 1953

Wie die Deutsche Delegation bereits in der Erklärung vom 25. Juli 1952 (Unteranlage zur Anlage IV des Abkommens über Deutsche Auslandssulden) zum Ausdruck gebracht hat, ist sie der Auffassung, dass die Schweizerfranken-Grundsulden Gegenstand der Londoner Konferenz zur Regelung der deutschen Auslandssulden sind. Damit finden auf diese Sulden die Bestimmungen des Abkommens über Deutsche Auslandssulden vom 27. Februar 1953 Anwendung, und die Auswirkungen von Handlungen und Unterlassungen der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich für die Dauer des Abkommens aus diesen Bestimmungen.

Auszug aus dem Zusatzabkommen vom 25. März 1923 zum Abkommen vom 6. Dezember 1920 zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft, betreffend schweizerische Goldhypothenken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner

ARTIKEL 2

(1) Als Goldhypothenken im Sinne des Artikel 1 des Hauptabkommens gelten Hypothenken nur dann, wenn sie am 31. Juli 1914 einem Gläubiger schweizerischer Nationalität, der damals in der Schweiz einen Wohnsitz hatte, oder einer juristischen Person zugestanden haben, die in diesem Zeitpunkt ihren Hauptsitz in der Schweiz hatte; dabei ist es gleichgültig, wer ursprünglicher Gläubiger der Hypothenke gewesen ist.

.....

ARTIKEL 4

.....

(4) Bei Goldhypothenken mit begrenzter Kursdifferenzklausel hat der Gläubiger nur Anspruch auf die Hälfte der in Artikeln 18 und 19 festgesetzten Zinsleistungen.

.....

ARTIKEL 6

Für den Gläubiger der Goldhypothenke wird eine Grundsuld in Schweizerfranken eingetragen (Gläubigergrundsuld). Ihre Höhe ergibt sich aus der Umrechnung des Markbetrages der Goldhypothenke in Schweizerfranken unter Zugrundelegung eines Umrechnungskurses von 100 Mark = 123.45 Franken. Die Gläubigergrundsuld geht den der Goldhypothenke im Range nachstehenden Rechten in der Höhe des Markbetrages der Goldhypothenke im Range vor.

Die Gläubigergrundsuld ist nach Massgabe der Artikel 18 und 19 zu verzinsen, jedoch nicht höher als zu dem für die Goldhypothenke vereinbarten Zinssatz.

Gleichzeitig mit der Eintragung der Gläubigergrundsuld ist die Goldhypothenke zu löschen. Damit erlischt vorbehaltlich der Bestimmung des Artikel 23 die persönliche Forderung aus der Goldhypothenke, mag sie sich gegen den Grundstückseigentümer oder gegen dritte Personen richten. Bürgschaften erlöschen, Sicherheiten sind freizugeben, zur weiteren Sicherheit bestellte Hypothenken sind auf einseitigen Antrag des Eigentümers des belasteten Grundstücks zu löschen.

ARTIKEL 7

Im Range gleichstehend mit der Gläubigergrundsuld wird für den Grundstückseigentümer eine unverzinsliche Grundsuld in Schweizerfranken eingetragen (Eigentümergrundsuld).

Die Eigentümergrundsuld beträgt

- (a) 10 v.H. des Betrages der Gläubigergrundsuld bei Goldhypothenken im Betrage von 700.000 M. und darüber auf den überwiegend gewerblich genutzten Grundstücken, über deren Bezeichnung im einzelnen die beiderseitigen Regierungen sich verständigen werden, sowie auf den im Artikel 1 Absatz 3 erwähnten landwirtschaftlich genutzten Grundstücken,
- (b) 20 v.H. des Betrages der Gläubigergrundsuld bei den übrigen Goldhypothenken.

ARTIKEL 18

Die Zinsen der Gläubigergrundschuld betragen mindestens

- (a) bei den im Artikel 7 Absatz 2 lit. (a) bezeichneten Gläubigergrundschulden $\frac{3}{4}$ v.H. in Schweizerfranken. Vom 1. Januar 1928 an erhöht sich dieser Satz auf $\frac{1}{2}$ v.H. in Schweizerfranken. Die Zinsen können in Papiermark entrichtet werden. Massgebend für die Umrechnung ist dabei der Geldkurs der Mark in der Schweiz nach den Notierungen der Schweizerischen Nationalbank an dem dem Zahlungstage vorangehenden Tage;
- (b) bei allen übrigen Gläubigergrundschulden (Artikel 7 Absatz 2 lit. b) das Vierfache der einfachen Zinsen der Goldhypothek in Papiermark. Soweit dem Gläubiger im Falle verspäteter Zahlung der Zinsen ein Anspruch auf Ersatz des Kursverlustes zusteht, bleibt dieser Anspruch vorbehalten.

Das Höchstmass der Zinsen ergibt sich aus Artikel 6, Absatz 2.

ARTIKEL 19

Als Normalzins der Gläubigergrundschuld sollen entrichtet werden:

- (a) 90 vom Hundert des Reinertrages des Grundstücks für die im Artikel 7 Absatz 2 lit. a, bezeichneten Gläubigergrundschulden,
- (b) 80 vom Hundert des Reinertrages des Grundstücks für alle übrigen Gläubigergrundschulden (Artikel 7 Absatz 2 lit. b).

ARTIKEL 28

Die Vertrauensstelle (Artikel 5, Absatz 2, und Artikel 21) besteht aus zwei Mitgliedern, von denen jede der beiden Regierungen eines ernannt.

Der Gläubiger und der Grundstückseigentümer sind verpflichtet der Vertrauensstelle jede gewünschte Auskunft wahrheitsgetreu zu erteilen sowie auf Verlangen sämtliche auf das Grundstück bezügliche Geschäftsbücher und Akten vorzulegen. Im Falle des Zuwiderhandelns kann die Vertrauensstelle auf Grund des einseitigen Vorbringens der nichtsäumigen Partei entscheiden. Die Behörden der vertragschliessenden Staaten sind gehalten, der Vertrauensstelle jede für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendige Auskunft zu erteilen.

Die Vertrauensstelle erlässt mit Genehmigung der beiden Regierungen die erforderlichen allgemeinen Geschäfts- und Verfahrensvorschriften.

Die Entscheidungen der Vertrauensstelle sind endgültig; sie sind kurz zu begründen.

(Translation)

Agreement on the Settlement of Swiss Franc Land Charges

Zürich, February 23, 1953

The negotiations provided for in the Joint Statement by the German and Swiss Delegations concerning the Negotiations on the Settlement of the Swiss Franc Land Charges, of 25th July, 1952, which have taken place, the "Vertrauensstelle" presiding, at Zürich between representatives of franc land charge creditors' interests, headed by Dr. Hans Koenig, and representatives of the interests of owners of the properties carrying such charges, headed by Dr. Johannes Handschumacher, have terminated in the following

AGREEMENT

ARTICLE 1

The provisions as set out hereinafter relate to franc land charges within the meaning of the Agreement between the German Reich and the Swiss Confederation concerning Swiss Gold Mortgages in Germany and certain Types of Franc Debts payable by German Debtors of 6th December, 1920, and of the Additional Agreement of 25th March, 1923, relating thereto (hereinafter to be referred to as the "Additional Agreement").

ARTICLE 2

(1) The creditor shall postpone the maturity date of the creditor's land charge until 31st December, 1957.

(2) The maturity of the creditor's land charge shall commence as from 1st January, 1958, according to the terms of the amortisation plan (Article 3).

ARTICLE 3

(1) The creditor's land charge shall be repayable as from 1st January, 1958, by payment to a foreign country, as follows:—

- (a) during the first five years (1st January, 1958, to 31st December, 1962) at 3 per cent. per annum;
- (b) during the next five years (1st January, 1963, to 31st December, 1967) at 8 per cent. per annum;
- (c) during the subsequent three years (1st January, 1968, to 31st December, 1970) at 15 per cent. per annum;

of the nominal amount of the creditor's land charge at the time of entry into force of this agreement.

(2) Each amortisation payment shall be effected not later than at the end of the respective amortisation year.

ARTICLE 4

(1) Where the creditor's land charge exceeds the value of the property assessable according to paragraph (2) hereof the amortisation payments effected in pursuance of Article 3 shall be credited at an amount higher than the nominal amount of payment. Such crediting shall take place according to the ratio of the land charge as existing at the time of entry into force of this agreement to the value of the property as assessed at the time of the maturity of the amortisation payment according to the terms of paragraph (2) hereof.

(2) In assessing the value of the property at the time of maturity of the amortisation payment the additional value originating from the reconstruction of the property shall be deducted from the common or market value (Verkehrswert); this deduction, however, shall not be made in so far and to such extent as the additional value may be based on interest renunciations granted by the creditor.

ARTICLE 5

(1) Arrears of interest which have become due up to 31st December, 1952, and are still unpaid at the time of entry into force of this agreement shall be paid by the debtor in Deutsche Mark within six months after request. In cases of hardship the creditor will grant an appropriate extension of the term of payment.

(2) Where and in so far as the interest exceeds 4 per cent. of the creditor's land charge the interest shall be reduced to 4 per cent.

ARTICLE 6

(1) Interest falling due as from 1st January, 1953, shall be payable to a foreign country.

(2) The contractual interest rate (maximal interest within the meaning of Article 6, paragraph (2), of the Additional Agreement) shall be reduced by 25 per cent., but such reduction must not bring the interest rate to less than 4 per cent. per annum.

ARTICLE 7

(1) The maximum interest rate and the minimum interest rate within the meaning of Article 6, paragraph (2), and Article 18 of the Additional Agreement shall be computed on the principal of the creditor's land charge still unpaid at any respective time.

(2) Where amortisation payments are effected the normal interest within the meaning of Article 19 of the Additional Agreement shall be computed as follows:—

The percentage shall be calculated representing the ratio of the amortisation payment to the creditor's land charge as existing before amortisation begins. Thereupon 80 per cent. or 90 per cent. respectively for large land charges (Article 7, paragraph (2) (a), of the Additional Agreement) of the percentage so calculated shall be deducted from the normal interest rate of the preceding year. The remaining normal interest rate when applied to the net yield will result in the normal interest.

(3) Where amortisation payments are credited in excess of the nominal amount (Article 4) only the amount actually paid shall be taken into consideration as an amortisation payment within the meaning of paragraph (2) above.

(4) In cases of creditor's land charge as mentioned in Article 4, paragraph (4), of the Additional Agreement the normal interest shall not be reduced before one-half of such creditor's land charges has been repaid according to the terms of Article 4 of this agreement. Thereafter the above paragraphs (2) and (3) shall apply with the proviso, however, that the payments so far made shall be disregarded.

ARTICLE 8

Where under due consideration of all circumstances, especially with due regard to the condition and yields of the property carrying the charge, the

owner cannot be expected to make punctual or complete amortisation payments as provided in Article 3 the creditor is to grant him, at the time of such amortisation payment maturing, an appropriate extension of payment of this amortisation instalment or of a part thereof.

ARTICLE 9

(1) Where the reconstruction of the property damaged or destroyed would be facilitated by a redemption of the creditor's land charge an endeavour is to be made by the creditor and the owner of the property to redeem the land charge. When assessing the amount of such redemption this is, as a rule, to be based on five-sixths, or ten-elevenths respectively in cases of large land charges, of the property value as computed according to Article 4, paragraph (2).

(2) Where the owner receives in pursuance of German legislation a compensation for war damages to the property he shall be liable to grant to the creditor of the land charge, in the amount of five-sixths, or ten-elevenths respectively in cases of large land charges, of the compensation received, the same position which in a corresponding case he would have to grant to the German creditor of a land charge which has been converted into Deutsche Mark at the rate of one to one.

(3) In other cases of a redemption the paragraphs (1) and (2) above should be, *mutatis mutandis*, taken into consideration.

ARTICLE 10

(1) Where the building erected on the property carrying the land charge has been destroyed to the extent of at least 20 per cent. and where the owner binds himself to reconstruct such property proving that he possesses or can obtain the means required for this purpose the creditor must allow the creditor's land charge to recede behind one or more charges or mortgages, on the property, repayable by amortisation, totalling 50 per cent. of the reconstruction costs.

(2) Where the building erected on the property carrying the land charge has been destroyed to the extent of at least 60 per cent. the creditor must grant his additional assent to a reduction of the creditor's land charge according to the ratio of the creditor's land charge to the common or market value (*Verkehrswert*) of the property. The owner's land charge shall be treated in the same way. If the creditor's and owner's land charges are reduced in pursuance of this provision the provisions on excess crediting of amortisation payments (Article 4) shall not apply.

(3) The owner is liable to cause preceding charges or mortgages to be deleted in the Land Register in so far as such charges or mortgages and ownership become united in his person, and to cause a pre-entry to be made into the Land Register for the safeguarding of this right of the creditor to demand such deletion.

(4) Paragraphs (1) to (3) above are not applicable in so far as it would, under due consideration of all circumstances, constitute an abuse of legal rights to resort to these provisions.

ARTICLE 11

No reduction of the creditor's land charge shall be effected without the creditor's assent except in the cases mentioned in Articles 4 and 10.

ARTICLE 12

(1) Where the creditor and the owner do not agree on the questions mentioned in Articles 4, 7, 8 and 10 the "Vertrauensstelle" (Article 28 of the Additional Agreement) shall make a final decision on application by the creditor or by the owner of the property. This decision shall be binding.

(2) The "Vertrauensstelle" can assess, upon joint application by the creditor and by the owner of the property, also the value of the property or the amount of the redemption payment within the meaning of Article 9.

(3) The "Vertrauensstelle" can also decide, upon joint application by the creditor and by the owner of the property, on other disputes existing between the said parties.

ARTICLE 13

(1) The provisions of Articles 4 and 7, 8, 9 and 10 represent an exhaustive enumeration of relief facilities which the owner of the property could claim in pursuance of Article 11, paragraph (1), of Annex IV.

(2) Article 11, paragraph (2), and Article 17 of Annex IV shall be replaced by the provisions of Article 12 of this Agreement.

Zürich, 23rd February, 1953.

For the Vertrauensstelle:

The Swiss Member:

FRÖLICHER.

The German Member:

STEIN.

For the Representatives of the
Creditor's Interests:

KOENIG.

For the Representatives of the
Interests of the Owners of
Properties:

DR. HANDSCHUMACHER.

(Translation)

Swiss Statement on the Agreement of February 23, 1953

The creditors of Swiss franc land charges make reference to the reservations in principle made by Minister Stucki in the opening session of the London Conference of 28th February, 1952, in London. Furthermore, it is recalled and emphasised that the Swiss Government in a Note Verbale of 18th May, 1936, have reserved against the German side all rights arising from the State Agreements of 6th December, 1920 (Agreement between the Swiss Federation and the German Reich relating to the Swiss Gold Mortgages and certain Types of Franc Debts payable by German Debtors) as well as of 25th March, 1923 (Additional Agreement), with regard to the transfer. Accordingly, up to 1944 the interest on franc land charges has indeed been actually transferred to Switzerland without any reduction. The creditors of Swiss franc land charges wish to establish that they reserve their rights arising from the two State Agreements in the case of the London Government Agreement ceasing to exist or of the transfer provided for therein wholly or partly failing to function.

(Translation)

German Statement on the Agreement of 23rd February, 1953

As already indicated by the German Delegation in the Statement of 25th July, 1952 (Sub-Annex to Annex IV of the Agreement on German External Debts), it is of the opinion that the Swiss Franc Land Charges fall under the terms of reference of the London Conference for the Settlement of German External Debts. Accordingly, the provisions of the Agreement on German External Debts of 27th February, 1953, apply to these debts, and the effect of acts and omissions on the part of the Federal Republic of Germany follows from such provisions as long as the Agreement remains in force.

(Translation)

Extract from the Additional Agreement of March 25, 1923, to the Agreement of December 6, 1920, between the German Reich and the Swiss Federation relating to Swiss Gold Mortgages in Germany and certain Types of Franc Debts payable by German Debtors

ARTICLE 2

(1) Mortgages shall not be considered as gold mortgages within the meaning of the Principal Agreement unless they were owed on 31st July, 1914, to a creditor of Swiss nationality who at that date was residing in Switzerland, or to a juristic person (body corporate) having at that date its seat in Switzerland; regardless of the question as to who may have been the original creditor of such mortgages.

ARTICLE 4

(4) In cases of gold mortgages for which a limited clause relating to differences in the rate of exchange has been stipulated, the creditor shall be entitled to one half only of the interest payments as set out in Articles 18 and 19.

ARTICLE 6

(1) A land charge in Swiss francs shall be entered in the Land Register for the creditor of the gold mortgage (creditor's land charge). The amount of this land charge shall be the sum resulting from a conversion of the amount of the gold mortgage in marks into Swiss francs on the basis of a conversion rate of 100 marks=123·45 francs. The creditor's land charge shall precede in Land Register priority the rights ranking behind the mark amount of the gold mortgage.

(2) The creditor's land charge shall bear interest in pursuance of Articles 18 and 19 at a rate, however, not higher than the rate of interest as agreed upon for the gold mortgage.

(3) Simultaneously with the entry of the creditor's land charge the gold mortgage shall be deleted in the Land Register. By these entries the personal debt connected with the gold mortgage shall cease to exist, with the reservation, however, of the provision laid down in Article 23 irrespective whether such debt may be owed by the owner of the property or by a third party. Guaranties shall likewise cease to exist, pawns or other securities or collaterals shall be released, and mortgages granted as additional security or collateral shall be deleted in the Land Register upon single application by the owner of the property carrying the land charge.

ARTICLE 7

(1) Ranking together with the creditor's land charge, a land charge in Swiss francs bearing no interest shall be entered into the Land Register for the owner of the property (owner's land charge).

(2) The owner's land charge shall be in the amount of:—

(a) 10 per cent. of the amount of the creditor's land charge in cases of gold mortgages in the amount of 700,000 marks or more charged on properties mainly used in business or trade, every such property to be listed by agreement between the two Governments concerned, as well as on properties as mentioned in Article 1, paragraph (3), which are mainly used for agricultural purposes;

(b) 20 per cent. of the amount of the creditor's land charge in the cases of all other gold mortgages.

ARTICLE 18

(1) Interest on the creditor's land charge shall be payable at a rate of not less than:—

(a) on creditor's land charges as mentioned in Article 7, paragraph (2), sub-paragraph (a), $\frac{1}{2}$ per cent. in Swiss francs. As from 1st January, 1928, this rate shall be increased to $\frac{1}{2}$ per cent. in Swiss francs. Interest may be paid in paper marks. The conversion rate shall be the rate at which the mark is sold in Switzerland according to the price quoted by the Swiss National Bank on the day preceding the day of payment;

(b) on all other creditor's land charges (Article 2, paragraph (2), sub-paragraph (b)), four times the amount of one annual interest amount of the gold mortgage in paper marks. Where and in so far as the creditor is entitled in the case of belated payment of interest to claim compensation for losses through differences in the rate of exchange, this right shall be reserved.

(2) The maximum of interest is defined in Article 6, paragraph (2).

ARTICLE 19

As the normal interest on the creditor's land charge shall be payable:—

- (a) 90 per cent. of the net yields of the property in cases of creditor's land charges as mentioned in Article 7, paragraph (2), sub-paragraph (a);
- (b) 80 per cent. of the net yields of the property in the cases of all other creditor's land charges (Article 7, paragraph (2), sub-paragraph (b)).

ARTICLE 28

(1) The Vertrauensstelle (Article 5, paragraph (2), and Article 21) consists of two members, of which each of the two Governments shall appoint one.

(2) The creditor and the owner of the property are liable to give to the Vertrauensstelle any information it may desire as well as to produce on demand all books and records relating to the property. In the case of a party failing to comply with these duties the Vertrauensstelle can make a decision on the basis of the evidence supplied only by the party not being in default. The authorities of the two contracting States are held under the obligation to render to the Vertrauensstelle any information which may be necessary for the performance of its tasks.

(3) The Vertrauensstelle shall issue with the approval of the two Governments the general provisions as to its business and procedure.

(4) The decisions by the Vertrauensstelle shall be final and binding; they shall be accompanied by a short statement of the reasons on which they are based.

Ratifications

	<i>Date of Deposit</i>
United Kingdom	September 4, 1953.
Canada	November 14, 1953.
Union of South Africa (including South-West Africa)	January 1, 1954.
Pakistan	October 27, 1953.
Ceylon	February 10, 1955.
Irish Republic	November 12, 1953.
Belgium (including Belgian Congo and Ruanda Urundi):	January 18, 1954.
Denmark	October 13, 1953.
France	June 19, 1953.
Federal Republic of Germany ⁽¹⁾	September 4, 1953.
Greece	April 21, 1956.
Liechtenstein	December 31, 1953.
Luxembourg	June 29, 1954.
Norway	October 8, 1953.
Spain	August 25, 1954.
Sweden	September 16, 1953.
Switzerland (with declaration) ⁽²⁾	December 31, 1953.
United States of America and all territories for the international relations of which the Government of the United States is responsible	September 16, 1953.
Yugoslavia	March 15, 1956.

(1) See footnote on page 14 regarding application to Berlin.

(2) *Declaration:*

“The Swiss Federal Council have decided to deposit the instrument of ratification concerning the Agreement on German External Debts, although their efforts to obtain an appropriate prolongation of the time limits set by Annex IV of the Agreement (30th June and 31st December, 1953) for the exercise of certain creditor rights have not yet led to a satisfactory result. Without making a reservation or qualification according to Article 38 of the Agreement, the Swiss Federal Council will have to pursue this question further and undertake, if necessary, further steps.”

Accessions

	<i>Date of Deposit</i>
Commonwealth of Australia	September 29, 1954.
New Zealand (applicable also to the Cook Islands (including Niue), Tokelau Islands and the Trust Territory of Western Samoa) ...	October 4, 1955.
Austria	August 20, 1958.
Cambodia	July 16, 1953.
Egypt	May 11, 1953.
Finland	May 26, 1955.
Iran	December 22, 1953.
Israel	October 23, 1956.
Netherlands	August 1, 1958.
Peru	December 2, 1955.
Trieste (United Kingdom/United States Zone) ...	June 4, 1953.
Trieste (Yugoslav Zone)	March 31, 1954.

Extensions

	<i>Effective Date</i>
Channel Islands	April 1, 1954.
Aden	} November 12, 1956.
Falkland Islands	
Gibraltar	
Malta	
Zanzibar	
Southern Rhodesia	September 16, 1953.
Northern Rhodesia	} October 1, 1954.
Nyasaland	
Papua	} November 24, 1954.
Norfolk Island	
New Guinea	
Nauru	} September 16, 1953.
French Cameroons	
French Morocco	
French Togoland	
Tunisia	
All French overseas territories	